Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)**

Band (Jahr): **52 (1974-1975)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich, Rämistr. 66 52. Jahrgang Nr. 3 Juni 1974 Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich Erscheint neunmal jährlich

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Redaktion/Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. ○ (01) 47 75 30, Postcheck 80-35 598
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ○ (01) 47 34 00, Telex 55 235, Einsp. mm-Zeile Fr. —.42
Abonnemente: Jahresabonnement (inkl. «konzept») Inland Fr. 18.— Ausland Fr 20.— Bestellungen bei der Administration

mit konzept

zs-Gespräch mit Stadtrat Jürg Kaufmann

«Ich bin nicht mehr derselbe, der ich war»

Von den einen als progressives Ungeheuer verschrieen, von den andern als inkonsistenter Opportunist abgetan, ist Stadtrat Jürg Kaufmann wohl eine der umstrittensten Persönlichkeiten in der Zürcher Stadtexekutive, und zugleich diejenige, von der es am meisten interessieren mag, wie sie sich innerhalb dieses Gremiums verhalten wird. Werden die Erwartungen, die Kaufmann durch verschiedene «profilierte» Stellungnahmen in der Vergangenheit zu erwecken wusste, erfüllt werden? Oder wird er aus der Sicht des Gewählten die Dinge plötzlich anders beurteilen und sich soweit anpassen, dass er die Befürchtungen seiner Gegner Lügen straft? Fragen, die um so interessanter anmuten, als Kaufmann den Industriellen Betrieben vorsteht, einem Amt, das durch die Auseinandersetzung um den öffentlichen Verkehr (U-Bahn, VBZ) und das Energiewesen (Gastarif, Atomkraftwerk Gösgen) ins Rampenlicht gerückt ist. Beat Schweingruber ist ihnen in einem Gespräch mit dem neugewählten Stadtrat nachgegangen.

Redaktion zs

«zürcher student»: Herr Kaufmann, Sie sind jetzt 4 Jahre im Gemeinderat gewesen und haben mit Bruno Kammerer und Doris Morf zusammen Linksaussenpolitik betrieben. Sie zitieren etwa Bloch und Rosa Luxemburg, werden als Linker, manchmal sogar als Marxist bezeichnet. Wie «links» betrachten Sie sich selbst?

Kaufmann: Ich lese jetzt gerade das neue Buch von *Jochen Steffen* über die «Strukturelle Revolution», dort distanziert er sich von Anfang an von den Bezeichnungen «links» und «rechts». Wenn Sie schon mit dem beginnen, was ich im Gemeinderat gemacht habe: Das war die *parlamentarische Funktion*, und die parlamentarische Funktion ist eine generell andere als diejenige nachher in der *Exekutive*. Also werde ich mich zuerst einmal – genauso wie im Gemeinderat – auch hier einarbeiten müssen und schauen, inwieweit man in den Exekutivbehörden operieren kann.

«Moi, je ne suis pas marxiste!»

Ich habe jetzt weniger die Operationstaktik gemeint, als die persönliche politische Ueberzeugung. In der SP sind Sie als dem linken Flügel zugehörig betrachtet worden.

Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass Marx einmal gesagt hat: «*Moi, je ne suis pas marxiste.*» Das wäre jetzt vielleicht ein wenig zu einfach. Meine Grundhaltung geht dahin, dass die Oeffentlichkeit auf die Wirtschaft mehr Einfluss haben sollte. Und es gibt ja in der Schweiz noch keinen Bereich, wo die Oeffentlichkeit so starke Einflussmöglichkeiten hat wie in den *kommunalen und öffentlichen Betrieben*. In den Bundesbetrieben ist der Einfluss weitaus kleiner, und in den Privatbetrieben hoffen wir, dass er durch die Mitbestimmung grösser wird.

Der Sozialismus passt...

Aber als Sozialisten könnte man Sie bezeichnen?

Selbstverständlich. Das ist auch die Grundlage der Sozialdemokratischen Partei. Wenn einer sagt: «*Ich bin Marxist*», dann ist das Aussage, eine genauso fragwürdige Aussage, wie wenn jemand sagt, «*Ich bin Christ*» oder «*Ich bin Demokrat*». Das sind *Zielsetzungen*, zu denen man sich gewissermassen auf dem Weg befindet. Das ist nicht ein Zustand wie der eines Wegweisers. Marxismus ist vielleicht als Idee ein Wegweiser, aber wir Menschen befinden uns auf einem Weg, genauso wie sich auch Marx auf einem Weg befunden hat. Also Demokratie *ist* nicht, sondern Demokratie *wird*. Marxismus *ist* nicht, sondern Marxismus *wird*, muss sich entwickeln, genauso wie jeder Mensch auch.

Von Ihrem Sozialismusverständnis her gesehen würden Sie also den Marxismus immer noch als ernst zu nehmende Sache anschauen?

Vorderste Front und Spitze der Entwicklung der westeuropäischen Philosophie. Heute noch. Bedeutende Philosophen kommen nicht um den Marxismus herum. Man sieht das in der Entwicklung von Marxisten wie *Sartre*, der auch in der existentiellen Philosophie angefangen hat und sich immer stärker zum Marxismus hinwendet.

...durchaus in den Kontext der Bürgerlichkeit

Um etwas näher nach Zürich zu kommen: Was kann denn überhaupt ein Sozialist in einem Stadtrat ausrichten, in dem noch sechs – oder acht, je nach Rechnungsart – bürgerliche Politiker sitzen? Was sehen Sie als Ihre Funktion?

Er kann erstens einmal zeigen, dass er nicht mit dem Messer im Munde und bluttriefend in das Kollegium hineinrast, sondern dass ein gewisses sozialistisches Weltbild durchaus in den Kontext der Bürgerlichkeit passt. Man müsste aber jetzt auch – genauso wie den Marxismus – die Bürgerlichkeit in einem breiten Spektrum anschauen. Es gibt ganz sicher einmal generell die Frontenstellung *bürgerliches Denken, marxistisch sozialistisches Denken;* aber ich meine, es gibt auf der bürgerlichen Seite sehr viele Spektren. Nehmen Sie Portugal, Chile. Da gibt es doch Bündnisse, die jeder Sozialdemokrat, jeder Sozialist und auch jeder Kommunist sofort eingeht, die dann ganz ähnlich sind wie diejenigen, die man während der spanischen Revolution hatte. Und so verstehe ich auch jeden bürgerlichen Politiker. Man muss ihn ja immer festlegen können: auf welcher Seite steht er, wo befindet er sich, was ist seine Grundhaltung zur demokratischen Entwicklung eines Staates? Und ich glaube, es wäre falsch, generell zu sagen, bürgerlich ist bürgerlich.

Politik ist das, was die Wirtschaft übrig lässt

Wenn man nun aber doch die Politik dieser Stadträte, die eine oder mehrere Amtsperioden gewirkt haben, etwas untersucht, wenn man an «Geschäfte» denkt wie Venedigstrasse, Elektro-Watt im Seefeld, Ypsilon, U-Bahn und so weiter, dann sieht man doch immer wieder die Tendenz einer Politik – mit mehr oder weniger Einstimmigkeit –, welche viel stärker auf die Interessen der Wirtschaft als auf jene der Bevölkerung ausgerichtet ist. Das könnte man hier einmal mit «bürgerlich» bezeichnen.

Es liegt natürlich unserer Staatsordnung zugrunde, dass Politik *leider* das ist, was die Wirtschaft übriglässt. Dieses Machtverhältnis ist eindeutig. Gut, man kann oft fragen: Was haben diese Politiker Schlimmes gemacht? Das hat mich auch aufgeregt, und sicher mögen da zum Teil Fehlentscheide mitgespielt haben. Man muss sich aber vielleicht auch fragen: Was haben sie verhindert?

Eine andere Frage zum Verhältnis eines einzelnen Sozialisten im Stadtrat: Im Wahlkampf erklärten Sie, dass Sie wie bisher im Gemeinderat auch im Stadtrat falls nötig eine Minderheitspolitik betreiben werden, falls nötig. Nun...

Das nehme ich ja nicht nur für mich heraus, das ist sozialdemokratische Politik ganz allgemein. Das hat der Präsident der SPS einmal sehr schön gesagt: «Wir sind *nicht eine regierende Partei*, sondern eine *Partei in der Regierung*», und das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir müssen immer dauernd versuchen, neue Koalitionen zustande zu bringen, unsere Ideen zu unterbreiten, mit einer gewissen, wie

Stadtrat Kaufmann

könnte ich sagen... ein wenig weich in der Form und mit einer gewissen Sachhärte.

Ist es sinnvoll, von Koalitionen zu reden, wenn man als einzelner dasteht, oder schauen Sie...

Wir sind *drei* Sozialdemokraten.

Aber Sie haben die Politik von Stadtrat Frech z. B. vier Jahre lang zum Teil bis aufs äusserste bekämpft, man denke an das Ypsilon, an die U-Bahn, an den Skandal Venedigstrasse usw. Da sind doch unüberwindbare Gegensätze vorhanden.

Das ist etwas, was ich auch parteiintern nicht so ganz verstehe. Für mich gibt es keine unüberwindbaren Gegensätze. Das ist eine Bezeichnung, die ich nicht als richtig betrachte.

Verheizen lassen oder loyal mitarbeiten

Von der Parteibasis her wurde immer wieder verlangt, dass die Behördenmitglieder enger mit der Partei zusammenarbeiten. Dazu wurden auch die Richtlinien für Behördemitglieder geschaffen. Es ist ganz klar, dass Sie häufig in eine Zwickmühle zwischen Stadtratsmehrheit und Parteibasis geraten werden. Werden Sie sich in diesem Konflikt verheizen lassen oder werden Sie zu einem «loyalen Mitarbeiter» eines bürgerlichen Gremiums werden wie etwas ihr Parteigenosse Frech?

Da muss ich einmal zwei Dinge auseinanderhalten: Wer ist das, was wir als Parteibasis bezeichnen? Bilden in der Sektion Zürich 2 z. B. jene zwei *Mitgliederversammlungen*, die sich von den Stadtratsnominationen quasi distanziert haben, die Basis, oder wird die Basis von der darauffolgenden *Urabstimmung* verkörpert, die ja die beiden Versammlungen widerrufen hat? Ich würde meinen, die Urabstimmung ist als Parteibasis bedeutungsvoller als die beiden Parteiversammlungen. Fall Nummer zwei ist die Basis der *Stadtpartei* Das hat man ja auch gesehen in der Urabstimmung zur «AZ»-Frage. Also von Verheizen kann da gar keine Rede sein. Und als Vorstand der Industriellen Betriebe fühle ich mich durchaus nicht im Widerspruch zu dem, was ich als Parteibasis betrachte.

Es gilt hier auch, zwei Dinge auseinanderzuhalten. Einerseits sind Sie Vorstand der Industriellen Betriebe mit einer gewissen damit verbundenen Entscheidungsfreiheit, andererseits sind Sie Mitglied des Gesamtgremiums Stadtrat, das kollektiv Beschlüsse fasst. Ob man nun jetzt den progressiven Teil der Parteibasis betrachtet oder auch den andern...

Man darf eben nicht nur einen Teil betrachten.

Auch wenn man die Partei als Ganzes betrachtet, gibt es doch Situationen, wo sich die Partei im Gegensatz stellt zu der bürgerlichen Mehrheit des Stadtrats. Nehmen Sie zum Beispiel das Ypsilon oder die U-Bahn.

Ja schauen Sie gerade die U-Bahn, da gibt es immer noch einen Teil der ehemaligen Befürworter und einen Teil der ehemaligen Gegner, die leiden an einem furchtbaren U-Bahn-Komplex. Die Gegner haben das Gefühl, mit dem Nein zur U-Bahn hätten sie gewissermassen den politischen Endsieg errungen. Wie nach der Schlacht bei Waterloo: «*Jetzt sind wir die neuen Herrscher.*» Das ist genau so dumm wie das, was die U-Bahn-Befürworter machen, die bei jeder Planung den 20. Mai 1973 zitieren und wie Espenlaub zu zittern beginnen. Das ist doch Unsinn. Die politische Realität ist doch massgebend. Vergessen wir einmal diesen Bruch mit der U-Bahn.

Nach rechts gerutscht

Viele Vertreter, sagen wir mal des progressiven Flügels der SP werfen Ihnen vor, dass Sie im Zusammenhang mit dem Wahlkampf gehörig nach rechts gerutscht sind. Sogar die «NZZ» hat sich gefragt, ob ihr gemässigtes Verhalten ein geschicktes Taktieren nach rechts sei. Würden Sie selbst auch sagen, dass Ihre politische Haltung seit letztem Herbst anders geworden sei?

Es gibt weniger einen *progressiven* als vielmehr einen *narzisstischen Flügel*. Von da aus ist natürlich schnell gesagt, es sei einer nach rechts gerutscht.

Es war immerhin auch die bürgerliche Presse, die «NZZ», die das festgestellt hat.

Das kann ich mir natürlich lebhaft vorstellen, dass die bürgerliche Presse nichts anderes im Sinn hat, als solche Abweichungen festzustellen, namentlich wenn es um die Sozialdemokratische Partei geht.

Noch vor Ihrer Nomination zum Stadtratskandidaten haben Sie einmal erklärt, Hauptaufgabe der SP-Politik sei jetzt, den Gemeinderat zu stärken, der Stadtrat sei unwichtig. Warum sind Sie dann Stadtrat geworden?

Da haben mir ja die Wahlen hinterher recht gegeben. Der Gemeinderat ist gestärkt worden, im Stadtrat sind wir mit einer geschwächten Vertretung vorhanden.

Kann man überhaupt darauf bauen, dass die beiden anderen Stadträte, Emilie Lieberherr und Edwin Frech, eine sozialdemokratische Politik verfolgen werden? Genossin Lieberherr hat sich immerhin ganz deutlich von den Richtlinien distanziert.

Sie hat bei den Wahlen aber auch am meisten Stimmen gemacht. Also hat sie eine gute Politik betrieben. Man darf doch einfach die Wirklichkeit nicht übersehen. Politik in einem wirklichkeitsfremden Raum ist eine völlig unmarxistische, nicht-progressive Politik. Das ist narzisstisch. Man muss Politik dort machen, wo sie stattfindet, nämlich wenn der Bürger seinen Stimmzettel ausfüllt. Es ist sinnlos, nach den Wahlen ein grosses Lamento zu machen, wer hat jetzt die Richtlinien anerkannt und wer nicht, sondern dann muss man ganz nüchtern und mit aller Härte feststellen: Es ist ein Entscheid gewesen, und dieser Entscheid muss politisch formuliert werden.

Propaganda für bürgerliche Sozialdemokraten

Ein solches Wahlergebnis beruht doch nicht nur auf dem Image des Kandidaten, sondern vor allem auf der Propaganda, die für ihn gestartet wird.

Dieses Image hat man nicht einfach. Das wird gemacht.

Die Frage ist nur, wer dieses Image macht. Das ist doch vor allem die Presse. Seit dem Eingehen der «AZ» haben wir in Zürich nur noch bürgerliche Zeitungen, und die haben sicher ein Interesse daran gehabt, dass Emilie Lieberherr und Edwin Frech im Stadtrat geblieben sind, da sie zwar ein sozialdemokratisches Parteibuch haben, aber doch eine sehr bürgerliche Politik

Wer gwünnt?

Die Eiterbeule unserer Universität ist mit vereinten Kräften ausgedrückt! Ein Fortschritt im Leben der Universität. Zwei Kommentare zur Verständigung im Konflikt am Publizistischen Seminar, der zweite stammt von Rektor Leuenberger. Spätestens seit dem blauen Flugblatt sollte man die Ereignisse kennen: Da ist von einer «Vereinbarung» die Rede, von öffentlicher Diskussion unter den Seminarangehörigen über die Belange des Seminars, von der Vorbereitung eines neuen Seminarstatuts, von Bedingungen, unter denen freie studentische Arbeitsgruppen möglich sein sollten, usw. Darunter steht, selbstverständlich: Bei der Regelung aller Streitpunkte gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Die Seminarleitung behält die Kontrolle über sämtliche, auch studentische Veranstaltungen. Studentische Arbeitsgruppen, die nur in offenen Formen gebildet werden dürfen, unterstehen festgelegten Kriterien.

Worum geht es eigentlich? Kann man sich dabei fragen, auch wenn man die Ereignisse mitverfolgt hat:

Da gibt es eine AKP, die dauernd für Stunk sorgt, und einen Seminarleiter Padrutt, der nicht nur mit der Fliegenklappe um sich schlägt. Und dann wollen die Studenten auch noch bei der fortschrittlichen Mensapreisgestaltung mitmischen. Ganz zu schweigen von den Stipendienträumen der Studenten, die ja nur von der Ganz-links-Unterwanderung herrühren. In dieser Situation nimmt sich ein «Gewinn für die Universitäts freilich allerliebst aus. Wir sind ja alle auch nur Menschen, und: Man muss halt reden miteinander.

Dabei soll nicht die Bereitschaft der Studenten zur Aussprache verunglimpft werden. Diese Bereitschaft ist vielmehr nur der Ausdruck der rigorosen Beschränktheit der studentischen Möglichkeiten und deren realistische Einschätzung durch die Studenten. Man muss nach so viel Akribie und Vereinzelung bei der Darstellung des «Konflikts» durch die Universitätsbehörden wieder einmal mit grossem Pinsel malen. Man muss auf die Machtverhältnisse in der Gesellschaft und ihre Auswirkung auf die Universität, ihre Mitglieder oben und unten, ihre Forschungsinteressen, ihre Organisationsstruktur, ihre «Kooperation» aufmerksam machen. Das heisst, man muss die widersprüchlichen Situationen der «Universitätsangehörigen» und deren Verwurzelung in den Gesellschaftsverhältnissen aufzeigen. Es bleibt dann wenig übrig vom «Fortschritt im Leben der Universität». Es kommt dann nicht zum Begräbnis eines bewältigten Konflikts.

Statt dessen erkennt man den Konflikt als Ausdruck eben dieser Widersprüche, im Zusammenhang der Gesellschaft. Man erkennt ihn als ein Beispiel eines offenen Widerspruchs für alle die verborgenen in den Hochschulen. Wenn er sich heute an Namen wie Padrutt, Leuenberger, Gilgen etc. festmacht, können es morgen ebensogut andere sein.

Bleibt noch die Würdigung der Leistung derjenigen, denen kein Staatsapparat zur Verfügung steht. Die unter grossen Mühen Studien verfassen (zum Beispiel das «Welttheater der Eidgenossen», stellvertretend für die Arbeiten aller Basisgruppen). Und die mit ebenso grosser Mühe fünf Tage lang eine Zeitung produziert haben, «Di ander Zitig» (siehe «Tips»-Seite), welcher trotz dem Erfolg enge Grenzen gesetzt blieben. Um zum Anfang zurückzukommen: Die Beule ist geleert und wird zuwachsen. Für die einen die Symptomheiler, wird damit ein lästiger Fleck beseitigt sein. Für die anderen aber ist ein weiterer – kleiner – Schritt auf dem Weg zur Heilung einer schweren Krankheit gemacht: Auch die Syphilis beginnt mit einer Eiterbeule.

Georg Krittelbeck

In dieser Nummer

Hönggerberg – oder Bauten ohne Konzept
Wurde geplant, verplant oder einfach gewurstelt? *Seite 3*

Der Krug geht zur Urne...
Stellungnahmen zu kantonal- und stadtzürcherischen Abstimmungsvorlagen *Seiten 4–6*

Die finanzielle Aktionsfähigkeit bewahren
Wieso eine Erhöhung der Semesterbeiträge um zwei Franken? *Seite 7*

Der Konflikt am Publizistischen Seminar
Stellungnahmen des Rektors und der Redaktion «Di ander Zitig» *Seite 7*

betreiben. Daher ist es nichts als verständlich, dass die Propaganda entsprechend ausgefallen ist.

Einen grossen Einfluss haben natürlich auch die *Konfrontationen* während des Wahlkampfs gehabt. Diese Konfrontationen zwischen den Kandidaten der bürgerlichen Seite und allen vier SP-Kandidaten sind recht prononciert ausgefallen. Die bürgerliche Seite war doch nur daran interessiert, dass wir mit möglichst wenig Stimmen möglichst wenig Stadträte bekommen. Wenn es nicht um die vier Sitze gegangen wäre, dann hätte man sich stärker auf den *Gemeinderatswahlkampf* einschiessen können. Das haben wir nicht gemacht und haben trotzdem unsere Stellung im Gemeinderat behaupten können. In den progressiven Kreisen haben wir ja trotz Nichtvorhandensein der «AZ» an Stimmen gewonnen.

Hier zeigt sich natürlich eindeutig, dass die Bevölkerung die progressive Politik gewisser SP-Kreisparteien honoriert hat. Die Sektionen 1, 2 und 7 waren die einzigen, die prozentual Stimmen gewonnen haben.

Haben Sie die Wahlanalyse der Sektion 2 gelesen? Da heisst es: «*Es kann ohne Zweifel festgestellt werden, dass der Spitzenkandidat Kaufmann der SP mit seinen Zusatzstimmen zum dritten Mandat verholfen hat.*» Zusatzstimmen habe ich erhalten am allermeisten von den *freisinnigen Wählern*, nämlich 172, dann 142 vom *Landesring*. Man kann also sagen, dass der dritte SP-Sitz dieses progressiven Kreises 2 durch *bürgerliche Zusatzstimmen* zustande gekommen ist. Wie erklären Sie sich das?

Da müsste man natürlich schon noch wissen, wie die Zusatzstimmen seit dem letzten Wahlgang zugenommen haben und wie die eigentlichen SP-Wähler-Stimmen.

Der Stadtrat als «Konzernchef»

Zurück zur Stadtratspolitik und zu Ihrer sozialistischen Ueberzeugung. Sie wollen den Einfluss der Oeffentlichkeit auf die Wirtschaft stärken, Sie wollen gegen das angehen, was wir vorhin mit bürgerlicher Politik bezeichnet haben. Die Frage ist doch: An welchem Platz kann man das am besten tun?

Ich bin jetzt Vorstand der Industriellen Betriebe, das sind vier Betriebe mit je einem Direktor, vier Industriebetriebe – VBZ, Gaswerk, Elektrizitätswerk und Wasserwerk –, wobei ich da der Konzernchef bin, ganz seltsamerweise. Man kommt da plötzlich in eine solche Funktion. Die allererste Ueberlegung ist die: *Das muss funktionieren!* Ein öffentlicher Betrieb darf bei uns nicht am Widerspruch *öffentlicher Betrieb – privater Betrieb* kaputt gehen. Denn die Situation ist doch die, dass die bürgerliche Ideologie dauernd, seit Jahren und Jahrzehnten, darauf ausgeht zu behaupten, der Staatsbetrieb funktioniere nicht, weil der Staatsbeamte ... Das alte Lied, Sie kennen das – und das ist meine einzige Aufgabe, mit aller Macht zu beweisen, dass das nicht stimmt und dass die Betriebe funktionieren können, dass die Betriebe konkurrenzfähig sind. Ich wäre froh, wenn ich in diesen vier Jahren nur ein gewisses Gefühl herabringen könnte, dass die Leute nicht nur meinen, der grosse Privatunternehmer der viel «Risiko» trägt, der grosse Mann mit der grossen Verantwortung kann viel viel mehr, sondern dass die Leute am Morgen, wenn sie den Wasserhahn aufdrehen, überlegen, hier steht ein strenges Denken dahinter, das die Oeffentlichkeit mit einer Dienstleistung bedienen will. Und um das geht es mir, das ist das Allerwesentlichste.

Zurück zur Marktwirtschaft?

Führt das nicht langsam dazu, dass man für diese Staatsbetriebe auf all die marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückkommt, jetzt da die Pferdefüsse rein marktorientierten Handelns immer offensichtlicher werden? Ergibt sich daraus nicht ein Widerspruch, der letztlich ein marktwirtschaftliches Verhalten verlangt?

Das glaube ich nicht. Das marktwirtschaftliche Verhalten ist sogar gesetzlich begrenzt, indem es ja ganz deutlich heisst, dass die öffentlichen Betriebe ihre Dienstleistungen immer aufrechterhalten müssen. Also wir können nicht, wie ein marktwirtschaftliches Unternehmen, einfach sagen, morgen fahren wir nicht mehr, weil es marktwirtschaftlich nicht mehr zu verantworten ist.

Nun gut, die Variable «Betreiben oder abbrechen» fällt beim Staatsbetrieb weg. Eine andere Variable sind die Tarife ...

Ja, Tarife. Da mache ich jetzt einmal *einen* Unterschied. Es gibt *Verkehrstarife*: Die VBZ verlangen ein Entgelt vom Fahrgast für eine Leistung, die ich aber nicht als die gleiche Leistung betrachte, wie wenn man jemandem Elektrisch oder Wasser ins Haus liefert. Das ist ein Unterschied: *Elektrizität, Wasser und Gas* sind ökonomisch gesehen eine Ware. Während *Verkehr*, namentlich innerstädtischer Verkehr mit dem Arbeitstransport, wahrscheinlich unter anderen ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden muss. Man hat jedenfalls bei den VBZ die Eigenwirtschaftlichkeit eindeutig überwunden.

VBZ-Ausbau oder niedrige Taxen – oder beides?

Im Wahlkampf haben Sie sich für eine Einfrierung der Verkehrstaxen ausgesprochen – als mittelfristiges Ziel. Heisst das nun, dass die Taxerhöhung vom März 1974 die letzte derartige Vorlage an den Gemeinderat war? Werden Sie an Ihrem Versprechen festhalten?

So lange als möglich. Da sind zwei politische Voraussetzungen: Einmal müssen wir im Kanton über diese Auflage hinwegkommen, dass wir *eine ausgeglichene Rechnung* haben müssen. Ueber das wird ja schon lange diskutiert, der Kanton hat schon lange darüber hinweggeblickt, weil er gemerkt hat, dass das nicht mehr geht. Zweitens müssen wir es fertigbringen neue Einnahmequellen zu erschliessen – Postulat Doris Morf. Das wird verfolgt. Aber die Antinomie ist noch nicht aufgehoben. Wie wollen ja noch mehr Dienstleistungen offerieren. Ich kann nicht nur den Jetztzustand der VBZ erhalten und vier Jahre keine Taxerhöhung machen, aber gleichzeitig den öffentlichen Verkehr fördern. Ich muss beides machen. Und das ist natürlich nach unserem Wirtschaftlichkeitsprinzip einer der allergrössten Gegensätze, den man sich nur vorstellen kann: Mehr Dienstleistungen dem Kunden gegenüber und Einfrierung der Taxen. Da muss man irgendwo auf dem politischen Sektor noch mehr herausbringen als bisher. Sonst lassen wir alles, wie es ist, und behalten die alten Taxen.

Der Nulltarif und das «demokratische Prinzip»

Darum geht es ja sicher nicht. Die Notwendigkeit eines Ausbaus ist nicht bestritten. Aber es gibt immer noch das Postulat Nulltarif. Sie haben sich «langfristig» dafür ausgesprochen. Der Nulltarif würde bedeuten, dass die Lasten für den öffentlichen Verkehr umverteilt werden müssen, d. h., dass nicht mehr in erster Linie die direkten Benützer zahlen müssen, sondern im weiteren Sinn die Wirtschaft als Verursacher des Verkehrs, beispielsweise durch eine Pendlersteuer. Oder auch die Autofahrer, die ja davon profitieren, dass sich nicht jedermann im Auto bewegt. Für die POZ als Initianten ist der Nulltarif eine durchaus klassenpolitische Forderung.

Dort sieht man eben, wohin das demokratische Prinzip führt, und darum schätze ich es auch. Im kommunalpolitischen Bereich haben alle politischen Gruppierungen die Möglichkeit, Ideen zu entwickeln. Und ich bin sehr froh, dass Ideen entwickelt werden. Man muss nur schauen, dass heute diese Ideen breiter gefächert zur politischen Anwendung kommen.

Unter breiter Fächern verstehe ich zum Beispiel den Blick auf die gesamten Energiekosten: Wie reagieren politische Gruppen, die sehr scharf in bezug auf Kommunalwerke und Taxen reagieren, gegenüber diesen Gewinnen, die Shell, Exxon und alle diese Leute in den letzten Monaten gescheffelt haben? Wie reagiert die Oeffentlichkeit gegenüber diesem riesigen Fischzug auf das Portemonnaie des Automobilisten und des Töfflifahrers? Der ist gelungen, und die Oeffentlichkeit hat dort einen Stauefekt. Die Leute sind heute masslos übers Ohr gehauen und zu Recht empört, dass sie auf einem Energiesektor, der praktisch 80% des Energiekonsums ausmacht, der Preismanipulation völlig ausgeliefert sind. Und die Oeffentlichkeit, namentlich die Gemeinde, offeriert über den demokratischen Prozess die Möglichkeit, irgendwo Halt zu rufen. Beim Gas. Beim Tram. Jetzt müssen wir nur schauen, dass der ganze Stauefekt von der Wirtschaft, die eine viel grössere Macht darstellt als die Oeffentlichkeit, nicht einfach auf uns fällt. Da muss ich halt sagen, was als 100%ige Grösse auf mich zukommt – da muss ich immer jene 80% abschreiben, die im Grunde genommen in den Verwaltungsräten der grossen Oelgesellschaften abgehackt werden sollten.

Oelbosse und Gasherren

Bei der Volksempörung über die Energiepreise muss man allerdings zwei Dinge auseinanderhalten: Wir haben einmal die Preissteigerungen auf dem Erdölsektor. Gegenüber den privaten Mineralölkonzernen ist das Volk ohnehin machtlos und spürt das aber auch immer stärker. Wenn es sich hingegen vom Staat betrogen fühlt, wie im Fall der Gaspreise, dann wehrt es sich eben mit den demokratischen Mitteln. Wenn vor der Umstellung auf Erdgas von den Behörden lautstark verkündet wurde, das Gas werde nachher billiger, und dann dem Volk stattdessen ein Aufschlag von 70% zugemutet wird, so kann die Empörung nicht einfach auf die Oelbosse abgewälzt werden. Immerhin haben einige Leute ihre Heizung aufgrund des behördlichen Versprechens auf das umweltfreundliche Gas umgestellt und sollen nun finanziell dafür bestraft werden.

Es fragt sich dort natürlich: *Wer* wird vor den Kopf gestossen? Es ist der Steuerzahler, und es *kann* der Konsument sein. Da muss man einen Ausgleich finden. Die Stadt Zürich hat so und so vielen Gemeinden im Grunde genommen während Jahren, wenn nicht Jahrzehnten Geschenke gemacht. Da gehören namentlich rechtsufrige Seegemeinden dazu. Dort meine ich, und das habe ich auch im Wahlkampf gesagt, sind diese schönen Tage nun einfach endgültig vorbei. Das geht nicht.

Energie-Konzeption ...

Eine Frage, die wir an Sie als städtischen «Energieminister» stellen: Haben Sie Vorstellungen über eine Energiekonzeption, und zwar auch im Sinn eines klassenpolitischen Instruments? Energie ist ja dasjenige Produktionsmittel, das bisher vom Volk am wenigsten kontrolliert werden konnte. Die Arbeitsleistung lässt sich durch Streik verweigern. Bei der Energie hingegen wäre eine Einflussmöglichkeit für die Oeffentlichkeit dringend vonnöten.

Ich glaube, dass man gesamtschweizerisch zu einem *Gesamtenergiekonzept* kommen muss. Da muss man sich einmal fragen, was für Ideen in der SPS entwickelt werden. Ich werde am kommenden Parteitag diesbezügliche Kontakte anzuknüpfen versuchen. Die SP muss da ein Konzept entwickeln, ein parteipolitisches, das besteht eben noch nicht. Wir sind von den Wirklichkeiten der Wirtschaft in der SP völlig überrannt worden. In der Bodenpolitik haben wir ein einigermassen vernünftiges Konzept, das ist aber erst in der Diskussionsphase.

... als Steuerinstrument

Abgesehen jetzt vom nationalen Rahmen liesse sich Energiepolitik doch auch als städtisches Steuerungsinstrument einsetzen, etwa gegen die Verdrängung von Wohnraum durch Büros. Man könnte doch für Bürobetriebe, Verwaltungen usw., die ja im allgemeinen sehr viel Energie brauchen, stark progressive Tarife verfügen ...

Das sind Ideen, die in meinem Büchlein aufgeschrieben sind. Dieser Sache schenkt man die allergrösste Beachtung. Da kann ich nur sagen, in dieser Richtung geht es; soweit man das kann.

Die Verkehrsbetriebe gehören auch zu Ihrem «Konzern». Ihr Amtsvorgänger hat einen neuen VBZ-Direktor angestellt, Herrn Hartmann. Es wurde damals festgehalten, es sei die Hauptaufgabe des neuen Direktors, die VBZ aus den roten Zahlen heraus zu bringen. Also nicht die betrieblich/verkehrstechnische Sanierung, worauf die Zürcher verzweifelt warten, sondern die finanzielle. Diese Aufgabe ist auch an seiner Qualifikation ablesbar: Er ist nicht Verkehrsfachmann, sondern kaufmännischer Manager. Finden Sie das richtig, oder hätten Sie andere Gewichte gesetzt?

Ich kann zu diesen Ueberlegungen eigentlich nichts sagen. Ich bin völlig unvoreingenommen hier hereingekommen und weiss nur, dass die ersten Kontakte mit Direktor Hartmann mich überzeugt haben, dass – von ihm aus genau wie von mir aus – an vielleicht unkonventionellen Fragen herumstudiert wird und dass ganz allgemein der VBZ-Direktor und der Vorstand der Industriellen Betriebe noch so etwas haben müssen wie eine Anlaufzeit. Wir sind beide jetzt noch in einem Denkprozess drin. Aber ich bin ganz sicher, dass es nicht darum geht – wie das vielleicht von Ihrer Seite verstanden wird –, da nun ein riesiges Kostenmanagement durchzuexerzieren, sondern darum, den Betrieb so zu gestalten, dass er seine Dienstleistungen dem Publikum gegenüber aufrechterhalten kann. Es geht um die Aufgabe der VBZ, und das ist erstens *Dienstleistung gegenüber dem Publikum*, zweitens *Priorität des öffentlichen Verkehrs* und drittens eine gewisse «*Mobilisation von Verkehrsphantasie im öffentlichen Bereich*».

«Ich bin nicht mehr derselbe, der ich war»

Sie können im Stadtrat wieder der berühmte Kritiker sein, als der Sie im Gemeinderat von sich reden machten. Helfen Sie damit nicht gerade Ihren Gegnern, indem Sie sie auf ihre Schwächen aufmerksam machen, indem Sie ihnen zeigen, welche ihrer Fehler sie vor der Oeffentlichkeit verstecken und retuschieren müssen? Sie haben kürzlich auch gesagt, man müsse «den Banken klar machen, dass sie sich in einem Prozess befinden, der ihnen am Ende nicht nützt, sondern schadet». Ist es die Aufgabe eines sozialistischen Stadtrats, den Banken zu zeigen, wie sie es machen müssen?

Es ist ein grosser Teil der schweizerischen Linken, der fragt: «*Parlamentarische Kritik – nützt das?*». Für mich ist die Arbeit des Parlamentariers in einem Aufgabenbereich zu finden, den man ganz umfassend mit «Kritik» bezeichnen kann, und zwar ist das eine produktive Arbeit wie irgendeine andere. Jetzt, im Exekutivbereich, bin ich natürlich meinen Stadtratskollegen in den andern Ressorts gegenüber nicht mehr derselbe Kritiker, der ich im Parlament war. Jetzt habe ich einen ganz anderen Aufgabenbereich, und der heisst «Industrielle Betriebe». Das ist durchaus etwas anderes. Jetzt, als Exekutivmann, muss ich in erster Linie *entscheiden*. Wenn ein Politiker vom parlamentarischen Bereich in den Exekutivbereich hinüberrutscht, dann kann er sich einfach nicht genau gleich wie vorher verhalten. Er kann dann – vielleicht nicht mit genau derselben Bedeutung – mit Heinrich IV. sagen: «*Ich bin nicht mehr derselbe, der ich war.*» Das ist im übrigen genau dieselbe Veränderung, die auch ein Studentenpolitiker erfahren muss, der später ein Architekturbüro oder eine Arztpraxis auf dem Land eröffnet. Es ist einfach etwas ganz anderes.

Herr Kaufmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Gefährlich ist's ...

Zürich erlebte 1973 einen politisch erwartungsvollen Sommer. Eine bürgerliche Regierung hatte – nach einer ganzen Serie – eine der grössten Abstimmungsschlappen erlitten, und Neuwahlen standen bevor. Unsicherheit bestand vor allem darüber, ob die Sozialdemokraten mit einer progressiven Mannschaft antreten würden, und wenn ja mit wem.

Auf dem Spiel standen denn auch gewichtige Dinge: die Möglichkeit zum Beispiel, die bisherige Stadtratspolitik des Mauschelns mit gewichtigen Unternehmern und Bodenbesitzern uneingeschränkt fortsetzen zu können oder nicht. (Skandalöse Landgeschäfte mit der Rentenanstalt an der Venedigstrasse, mit der Elektrowatt im Seefeld, mit der Generalunternehmung Noldin an der Mühlegasse, mit Standard/ITT in Wollishofen, der Abbruchhandel mit dem Bankverein um die Bärengasshäuser, die Verbrüderung mit der Wirtschaft über Organisation wie «Zürich-Transport» und «City-Vereinigung» für den Bau von Expressstrassen, U-Bahnen und Parkhäusern, die merkkwürdigen Wandlungen eines Jürgensen-Gutachtens usw. usw.)

In dieser Situation waren klärende Worte gefragt, auch jenes im Vorfeld der Kandidatennominationen erlauschte Gespräch zwischen den beiden Landesring-Mitgliedern Sigi Widmer und Fredi Gilgen: Doris Morf, Armand Meyer oder Jürg Kaufmann im Stadtrat, das könne man ohne weiteres verkraften, aber ein Franz Schumacher, der wäre gefährlich... Bemerkenswert ist daran nicht zuletzt, dass der «ungefährliche» Kaufmann im städtischen Parteivorstand schon zweimal für den Ausschluss des «gefährlichen» Schumacher aus der Geschäftsleitung plädiert hat: einmal vor den Wahlen im Zusammenhang mit dem AZ-Tod, den Schumacher zu verhindern suchte, das zweitemal, zusammen mit Rechts-SP-Stadträtin Lieberherr, im Mai bei den Vorschlägen für die Neubesetzung der Parteigremien.

Nun, der «ungefährliche» Kaufmann hat's geschafft. Wessen Interessen er letztlich vertreten wird, bleibt abzuwarten. Einiges kann der Leser aus den Aeusserungen im Gespräch mit dem «zürcher student» herauslesen. Die Hoffnung der einen und die Angst der andern, es könne mit Kaufmann ein «linker Wind» in den Stadtrat einziehen, scheint jedenfalls unbegründet zu sein.

Peter Grimm

Zum Aktionsprogramm des VSETH

Probleme konkret anpacken

Erstmals wieder seit dem WS 1972 hat der VSETH-Vorstand dem Delegiertenconvent (DC) ein Aktionsprogramm für dieses und das folgende Semester zur Diskussion und Verabschiedung vorgelegt. Es soll die Grundlage für die zukünftige Arbeit des VSETH und insbesondere seines Vorstandes sein. Ausgangspunkt ist eine Analyse der Situation an unserer Hochschule. In dieser Darstellung werden die Hauptkräfte, die an unserer Hochschule die Reformbewegung beeinflussen, diskutiert (siehe zs Nr. 52/1, April 74, «Mitsprache ist eine Machtfrage»). Daran schliesst sich eine Skizze der Tätigkeitsfelder an. Der DC diskutierte das Programm und verabschiedete es ohne Gegenstimmen.

«*Wissenschaftliche Fähigkeiten und wissenschaftliches Verhalten können nur durch aktive Teilnahme am Wissenschaftsprozess erlernt werden.*

Die Forschung dient zugleich der wissenschaftlichen Bildung und ist in das Studium integriert; Lehre, Lernen und Forschung bilden eine Einheit.

Die Oeffentlichkeit sämtlicher Forschungsprojekte ermöglicht eine maximale Kommunikation und Kooperation sowie eine demokratische Kontrolle.»

(DC-Thesen zu einem neuen ETH-Gesetz, 1972)

Der VSETH ist nach wie vor der Meinung, dass diese an der ETH kaum verwirklichten Forderungen unabdingbare Voraussetzungen sind, damit die Hochschule ihre Aufgabe im Dienste der ganzen Gesellschaft erfüllen kann. Dennoch schreitet die technokratische Reform weiter voran. Die zentralisierten Entscheidungsprozesse an der Hochschule werden weitgehend aus dem Einflussbereich der Oeffentlichkeit entfernt (zum Beispiel Kompetenzausweitung für die ETH-Leitung, Institutsreglement der ETH). Dazu können oder wollen die vorhandenen Kontrollgremien ihre Aufgaben wegen der partikulären Interessen ihrer Mitglieder nicht wahrnehmen (zum Beispiel Forschungskommission). Eine Teilnahme der Studenten an der Forschung und Forschungsverwaltung auf allen Ebenen und eine Ausweitung der bestehenden, geringen Beteiligung an der Lehre auf wirkliche Entscheidungsbefugnisse sind ein erster Schritt auf dem Weg zur Oeffentlichkeit von Lehre und Forschung, denn die Studenten repräsentieren schon eine grössere Oeffentlichkeit als die bisherigen Beteiligten und haben weiter aufgrund ihrer Situation als Studenten *weder individuelle Machtpositionen* (zum Beispiel «Institutskönige») zu verteidigen *noch Profitinteressen* (Auftragsforschung und deren Entschädigung, Gutachtertätigkeit) wahrzunehmen. Eine Aufgabe der Studenten wird dann die *Information der Oeffentlichkeit* sein, die es der Bevölkerung ermöglicht, sich zur Kritik zu qualifizieren und die Wahrnehmung ihrer Interessen selbst an die Hand zu nehmen. Der DC bemängelte gerade diese Situation, da dies nicht nur Aufgabe der Studenten sein soll, sondern auch der Behörden.

Konkret heisst das für unsere Tätigkeit: Forderung nach Abänderung des Institutsreglements in dem Sinne, dass diejenigen Studenten, welche an einem Institut arbeiten, als Institutsangehörige bezeichnet werden und nach Kompetenzerweiterung des Institutsrats, damit dieser eine Kontrollfunktion ausüben kann.

In die laufende Studienreformdebatte soll der VSETH eingreifen, indem er selbst versucht, alternative Lehr- und Lernformen zu entwickeln und zu propagieren, die dem Postulat der *Einheit von Forschung, Lehre und Lernen* entgegenkommen. Als Hauptvertreter solcher Alternativen seien im speziellen «*projektorientierte Studien*» erwähnt. Der DC beklagte sich darüber, zu wenig informiert zu werden über solche neue Studienmodelle und äusserte sich im übrigen kritisch zur Frage, ob projektorientierte Studien in allen Fachgebieten einführbar seien. Es wurde klar, dass die Diskussion um neue Lehr- und Lernformen intensiver und konkreter (d. h. vor allem auf Abteilungsebene) geführt werden muss.

Studentenschaft

Gerade an einer Hochschule, in der eine technokratische Verwaltung immer mehr Macht an sich zieht, ist es für die Studenten notwendig, eine *starke* und *unabhängige* Organisation zu haben, die sich wirksam für die Interessen und die Rechte der Studenten einsetzen kann. Zur Ausübung der obengenannten Funktionen scheint dem VSETH nur eine Organisationsform befähigt zu sein: die *öffentlichrechtliche Körperschaft*, der alle Studierenden der Hochschule angehören. Diese muss *von der ETH-Verwaltung unabhängig* sein, das heisst, der Schulleitung darf nur eine *Rechtsaufsicht* zugestanden werden. Insbesondere muss die *Finanzautonomie* gewährt sein. Dem Missbrauch der Stellung einer solchen Studentenschaft wird durch eine *demokratische Struktur* vorgebeugt, wie sie der VSETH jetzt schon hat. Eine Form der Studentenschaft ist indiskutabel: die Aufteilung der Studenten in verschiedene Vereine und Vereinchen ohne umfassende Organisation. Die Schulleitung könnte dann weiterhin nach dem bewährten Prinzip des «Divide et impera» handeln.

Soziales

Die Hauptgründe, warum der VSETH sozialpolitische Vorstösse unternehmen muss, sind folgende:

Fortsetzung Seite 3

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ✆ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: Nr. 4: 18. 6. 74
Inseratenschluss: Nr. 4: 21. 6. 74

Wurde geplant, verplant oder einfach gewurstelt?

Hönggerberg, oder Bauen ohne Konzept

In der letzten Nummer haben wir uns zur pompösen Einweihungsfeier der neuen ETH-Bauten auf dem Hönggerberg geäussert («Aufwendig, aber billig»). Der folgende Artikel schildert den leidensvollen Entstehungsweg des ETH-Satelliten und untersucht die Gründe dessen, was jedermann weiss, aber niemand sagen darf: dass man sich auf dem Hönggerberg gewaltig verrechnet hat.

Der Ausgangspunkt der Idee Hönggerberg war die Tatsache, dass im Zentrum nicht mehr genügend Platz vorhanden war für «grosszügige Erweiterungsbauten». Die Planungsunterlagen bestanden in einer Umfrage des damaligen Schulratspräsidenten *Pallmann* bei allen Abteilungen, in der er deren Nachfrage nach Erweiterung zu eruieren suchte. Das Resultat dieser Umfrage war voraussehbar: Prinzipiell wollten sich alle Abteilungen ausdehnen, und so mussten jene, für die keine Erweiterung im Zentrum möglich war, für den Hönggerberg vorgesehen werden (Ausbauplan 1959). Weitere Planungsgrundlagen waren banale Erkenntnisse wie *«Technik und Wissenschaft entwickeln sich sehr rasch; in kurzer Zeit entstehen neue und bedeutungsvolle Fachgebiete, die an der ETH in Unterricht und Forschung gepflegt werden müssen»* (Botschaft vom 6. Febr. 1959, S. 5.).

Planung?

Diese Art Planung stellte sich als ein rein *pragmatisches Vorgehen* dar, das der Komplexität der Probleme, die sich mit dem Ausbau der ständig wachsenden ETH ergaben, absolut nicht genügte. Sie beschränkte sich auf die Koordination einer Reihe von Vorstössen einzelner Abteilungen, deren Bedürfnisse im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten befriedigt wurden. Eine Gesamtkonzeption, hervorgegangen aus einem breitangelegten Meinungsbildungsprozess der an der Hochschule beteiligten Kreise, war nicht vorhanden. Die Entscheidungen lagen letztlich bei einem einzigen Mann, Schulratspräsident Pallmann, der in verständlicher Unkenntnis der möglichen Auswirkungen den Landerwerb auf dem Hönggerberg tätigte. Auf diesen Missstand wies schon 1968 der Delegiertenkonvent des VSETH hin.

Die Entwicklung trat in ihr akutes Stadium, als kurzfristig und unter starkem politischem Druck der Entschluss gefasst wurde, die Abteilung II auf den Hönggerberg zu verlegen. Unter diesen Voraussetzungen beschränkte sich die Planung auf die Aufteilung von angeblich nicht mehr weiter arrondierbaren Grundstücken für einen *Endausbau der ETH auf 10 000 Studierende.* Tatsächlich fehlen der ETH zur Verwirklichung des Planungsziels rund 100 000 qm Bruttogeschossfläche, da sich die Anlage Hönggerberg nicht mehr erweitern lässt. Nichtsdestoweniger sprach man noch in der Botschaft von 1961 von «ausreichenden Platzreserven sowohl im Zentrum wie auch in der Aussenstation auf drei Jahrzehnte hinaus».

Grundsätzliche Fragen waren damit präjudiziert und liessen den Parteien im Vernehmlassungsverfahren *keine wesentlichen Alternativen.* Auch stand die Vernehmlassung unter der Drohung der Verzögerung von dringlichen Ausbauprojekten. Der Zeitdruck war schon immer das beste Argument gegen demokratische Wege.

Aufgrund der Versäumnisse erachtete es die Studentenschaft schon damals für unumgänglich, dass unverzüglich die Arbeit an einer wirklichen Konzeption der gesamten Entwicklug unserer Hochschule in Angriff genommen werde. Sie betrachtete dies als einen hochschulpolitischen Prozess, dessen Ergebnisse aus einer breitangelegten Meinungsbildung an der ganzen Hochschule hervorgehen sollten. Sie forderte daher den Schulrat auf, Information über die Planung auf breitester Basis herauszugeben, insbesondere über die verantwortlichen Instanzen und deren personelle Zusammensetzung (vgl. Delegiertenkonvent WS 68/69)

Eine Koordinationsstelle für ETH-Bauten mit der Aufgabe, den Abteilungen, Lehrstühlen und Instituten die notwendigen Räumlichkeiten zuzuteilen, wurde 1961 eingesetzt. Ihr Problem war es, in der generellen Raumknappheit Lösungen zu finden, die auch Institutsdirektoren befriedigten, die das Verbleiben an der Hochschule von der Erfüllung ihrer Forderungen abhängig machten. 1968 wurde eine Planungskommission eingesetzt, die den Schulrat beraten soll. Der Versuch einer wissenschaftlichen Lösung der Probleme wurde über Studienaufträge an schulinterne Institutionen (z. B. Betriebswissenschaftliches Institut, Institut für Verkehrsplanung u. a. m.) gemacht. Aber auch diese Institutionen konnten das Fehlen einer wirklichen Planungsinstanz nicht aufheben. Man konnte nicht konzeptionell arbeiten und wurde der zunehmenden Komplexität der Aufgaben nie gerecht.

Architektonische Planung

Architekturprofessor *A. H. Steiner,* der schon beim Landerwerb «mitwirkte», erhielt 1959 den Projektierungs- und Ausführungsauftrag. Damit wurde Hochschulplanung nur noch als architektonische Planung verstanden. Die Grundlage des Raumprogramms bildete die Projektierung im Massstab 1:1000. Die erarbeitete Disposition war als eine erste Idee zu werten, und so hiess es auch in der Baubotschaft (1959): *«Es wäre wünschenswert, den Ausführungsprojekten Ideenwettbewerbe vorangehen zu lassen.»*

Es blieb beim Wunsch, denn eine Arbeitsgemeinschaft von Architekturprofessoren befand den Bebauungsplan für gut. Andererseits stellt sich die Frage, ob ein Wettbewerb damals die fehlende Gesamtplanung einer Hochschule ersetzt hätte. Ein Architekturbüro kann diese Frage allenfalls architektonisch lösen, nie aber grundsätzlich. In der Folge wurde dann anhand der sofort zu erstellenden Physikbauten der Bebauungsplan modifiziert und der Architekt mit der sofortigen Ausführung beauftragt (Botschaft 1961).

Meister, die Arbeit ist getan ...

Da mangels einer Gesamtplanung dem Architekten viel Freiheit blieb, ist es interessant zu sehen, welche Schwerpunkte er bei der Planung und Ausführung setzte. Diese sind den Botschaften und der Rede des Architekten anlässlich der Eröffnung des Hönggerbergs zu entnehmen: *«Ein Grundgedanke war denn auch, die landschaftlichen Gegebenheiten in die Bebauung zu integrieren.»* Oder: *«Es gibt eine anregende Geborgenheit im offenen und geschlossenen Raum. Ein Raumerlebnis ist etwas Ausschlaggebendes, und zwar nicht nur auf einer Ferienreise, etwa beim Besuch einer alten Kirche, sondern im täglichen Leben.»* Die Schwerpunkte liegen einerseits in *ästhetischen* bis mystischen und andererseits in *städteplanerischen* Aspekten. Andere Gesichtspunkte wurden höchstens in Form von Anregungen der betroffenen Professoren berücksichtigt. Dass es dem Architekten vor allem darum ging, eine ästhetische Schule zu bauen und sich damit ein Denkmal zu setzen, zeigen unter anderem die Tatsachen, dass Herr Steiner bereit war, den Mehrpreis einer Kunststeinpflästerung gegenüber dem billigeren Teerbelag selbst zu berappen, und dass für ihn das einzig Störende am Hönggerberg die Traglufturnhalle ist, die er als «Umweltsünde» bezeichnet.

... soll ich gleich flicken?

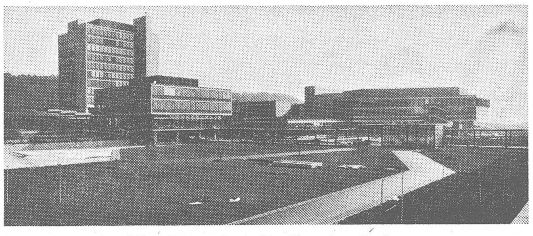
Was geschieht nun in der heutigen Situation? Die Planungsstelle der ETH hat es in ihrer Zielsetzung treffend umschrieben: *«Es geht heute, da bereits die nördliche Hälfte des ETH-Areals überbaut ist, darum, eine Idee über das Gesamtkonzept zu finden, damit auf dieser Grundlage in einigen Jahren die dritte und letzte Etappe in Angriff genommen werden kann.»* Deutlicher kann wohl das Eingeständnis einer vollkommen verfahrenen Situation kaum mehr ausfallen. Jahrelang wurde und wird auch heute noch, wie oben dargelegt, in Architektur gemacht. So steht man nun vor einer Ansammlung von Bauten, die *nach ästhetischen Gesichtspunkten* über eine grüne Wiese verstreut wurden, und sollte nun doch noch so etwas wie einen *Sinn* in das Ganze hineinbringen. Es kann hier keineswegs darum gehen, die Planungsstelle und ihre Methoden lächerlich zu machen. Es bleibt ihr zu diesem Zeitpunkt kaum viel anderes übrig, als mittels Raumbewirtschaftung und Vorschlägen zu kleinen baulichen Veränderungen doch noch eine einigermassen sinnvolle Benützung der Anlagen zu ermöglichen. Es erscheint auch durchaus angemessen, diese Arbeit einem Team von Architekten zu übertragen. Es geht jedoch nicht an, dass dieselbe Stelle die grundsätzliche Denkarbeit übernehmen soll, die zur Erarbeitung eines Hochschulkonzepts führt. Entscheide dieser Art sind von einer solchen Tragweite, dass es einfach nicht hingenommen werden kann, sie aus dem Raum der Hochschule gleichsam zu entfernen und in der Abgeschiedenheit einer Verwaltungsabteilung zu besorgen.

Was heisst Hochschulkonzept?

Dies bedeutet, dass eine fest umrissene Vorstellung besteht, welchen Zielen diese Hochschule verpflichtet ist und welchen Platz sie in der Gesellschaft einnehmen kann und soll. Diese Aufgabenstellung einer Hochschule kann aber nicht in irgendwelchen Kämmerlein entstehen. Sie muss vielmehr das Ergebnis einer allgemeinen Diskussion sein, die Frucht einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Stellung der Hochschule, ja der Bildung überhaupt in unserer Gesellschaft. Denn eine solche Institution steht ja keineswegs im luftleeren Raum, vielmehr wird sie vom Staat als Ausdruck der gesamten Gesellschaft getragen. Weil nun aber diese sich ändert und laufend anders geartete Aufträge an die Hochschule stellen kann, muss die Bildungsanstalt auf einem Konzept basieren, das ihr immer eine Anpassung ermöglicht. Mit anderen Worten: sie muss für einen Prozess der *permanenten Reform* bereit sein, ausgerichtet auf die *Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft,* und nicht nur auf das Profitinteresse einiger weniger. Dass demnach der Entscheid für ein Gesamtkonzept ein eindeutig politischer ist, das heisst, von allen getragen werden muss, ist offenkundig.

Doch diese «Rufe in der Wüste» sind schon so alt, wie es eine engagierte Studentenpolitik an unserer Hochschule ist. Ja man ist versucht zu sagen, die Wüste habe sich kein bisschen verändert, nur die Rufer haben gewechselt. Denn nach wie vor ist die Forderung des DC aus dem WS 68/69 nicht erfüllt, die da verlangt: *«... dass unverzüglich die Arbeit an einer wirklichen Konzeption unserer Hochschule in Angriff genommen wird. Dies ist ein hochschulpolitischer Prozess, dessen Ergebnisse aus einer breit angelegten Meinungsbildung an der ganzen Hochschule hervorgehen.»* Eigentlich ist eher das Gegenteil eingetreten; die *technokratische Reform schreitet* immer weiter voran, die Macht konzentriert sich immer mehr bei der *Verwaltung,* einer möglichen Diskussion wird unter Hinweis auf die vorhandenen *Sachzwänge* aus dem Weg gegangen. Dass dies mit hoher und höchster Absicherung geschehen kann, zeigen die Reden, gehalten am Eröffnungstag des «Satelliten Hönggerberg». Bundesrat *Hürlimann* weiss sich dabei dem tradierten, man ist versucht zu sagen katholisch konservativen Auftrag verpflichtet, *«dem Dienst um eine heile Welt».* Dabei anerkennt er durchaus die Notwendigkeit einer bewussteren Ausrichtung der Forschung auf die konkreteren Bedürfnisse der heutigen Menschen. Bloss lässt er es bei Allgemeinplätzen bewenden und attestiert den Forschern, dass ihre *tiefsten Beweggründe in ihrer Persönlichkeit selbst liegen, in ihrer Initiative und in ihrer schöpferischen Fähigkeit.* Kein Wort von einer offenen Diskussion unter Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen zur Gestaltung eines umfassenden Konzepts.

Wenn man den Inhalt solcher Allgemeinplätzen als Massstab für das Bildungsengagement eines gewesenen Mitglieds des schweizerischen Schulrats und jetzigen Erziehungsministers nimmt, so erscheinen die Aussichten nicht besonders rosig.



ETH-Neubauten auf dem Hönggerberg: *Der Sinn eines Unsinns.*

«Akademische Vorteile»

Präsident *Ursprung* geht die Sache mit der Planung etwas feiner an. Doch auch seine Aussagen kommen über gewisse altbewährte Muster nicht hinaus. Dass seine Ansprache ganz unter dem Tenor der Planungsproblematik stand, war zu erwarten. Ist doch Planung für eine technokratische Führung das A und O ihres Tuns. Gleichzeitig hat er aber auch den engen Horizont der Technokratie aufgezeigt; insbesondere wenn er von der Formulierung des Planungsziels spricht. Dass das *«menschliche Wohlergehen unserer Nation»* der Endzweck der Hochschule sein soll, kann man zur Not noch in dieser Form akzeptieren. Wenn diese Generalklausel aber mit den Stichworten Lehre, Forschung, Dienstleistung «konkretisiert» wird, erscheint dies sehr merkwürdig. Es dürfte doch jedem klar sein, dass die drei genannten Kategorien blosse *Methoden* darstellen, wie man Ziele erreichen kann. Nehmen wir die Lehre als Beispiel. Das Ziel in diesem Bereich sollte eine emanzipative, d. h. selbständig und kritisch machende Bildung sein, die dem Ausgebildeten ermöglicht, die Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen und sich in seiner Arbeit zu verwirklichen. Dies stellt das an der Hochschule zu erreichende Ziel dar, und die Lehre muss sich daran orientieren.

Wenn nun aber schon Mittel an die Stelle von wirklichen Zielen gesetzt wurden, verwundert es ja auch nicht mehr, wenn der Planer sich bei der Erkundigung nach den Entwicklungsplänen der Hochschule im Auftrag des Präsidenten *«in erster Linie an die Professoren wendet; sie verweilen besonders lange an der Hochschule und haben ein dementsprechend ernsthaftes und andauerndes Interesse an ihr».* Dass man im gleichen Atemzug noch die *Selbstreproduktion der Forschung* zementiert, indem man die Beurteilung von Forschungsprojekten durch seinesgleichen als weltweit bewährt deklariert, wundert auch niemanden mehr. Wozu all das führt, zeigt gerade der Hönggerberg so schön, zu dessen Eröffnung man sich feierlich versammelte und keinen Studenten reden liess; er hätte bloss die schöne Stimmung versaut.

Dass sich aber der Vertreter der Landesregierung und der Exponent der technokratischen Schulleitung einig sind darin, die Hochschule weiterhin im gesellschaftsfreien Raum zu behalten, zeigt sich in einem der Schlusssätze, wo Präsident Ursprung postuliert: *«Hochschulkoordination ist dann sinnvoll, wenn sie akademische Vorteile bringt.»* Was darauf zu tun ist, bleibt dem denkenden Leser selbst überlassen. *Walter Brunner, Markus Gaegauf*

Fortsetzung von Seite 2

1. Der finanzielle Aufwand für ein Studium hält viele davon ab, ein Studium zu ergreifen, und führt damit zu einer diskriminierenden Selektion.
2. Es wird je länger, je schwieriger, ein Stipendium zu erhalten, das eine ins Gewicht fallende Bedeutung bei der Studienfinanzierung hat.

Dies zeigt, dass die sozialen Ueberlegungen eine finanzielle Komponente haben. So sind es drei Schwerpunkte, die der VSETH-Vorstand setzen will:

Finanzierung des Studiums

Ueberall dort, wo Stipendien der öffentlichen Hand zur Diskussion stehen, muss analysiert werden, welchen Teil sie in den sozialen Ausgaben und welchen Teil diese Sozialausgaben an den Gesamtausgaben ausmachen. Zur Frage der unterschiedlichen kantonalen Lösungen gibt es eine Antwort: Koordinierung auf Bundesebene *(Lausanner Modell).*

Wohnungsnot

Zusammen mit dem VSS wird der VSETH im nächsten Semester eine *«Wohnungskampagne»* durchführen. Diese hat die Aufgabe, Informationen über die Wohnungslage zu vermitteln, so dass die missliche Lage, in der sich fast jeder Student befindet (isolierte, teure Bude), nicht als individuelles, studentisches Problem empfunden wird, sondern als Beispiel für die Lage, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung (die Mieter und die kleinen Hausbesitzer [Eigenbedarf]) befindet, und damit Möglichkeiten, diese Lage zu ändern, sichtbar werden. In einzelnen Arbeitsgruppen werden Teilprobleme der ganzen Wohnungsfrage gegenwärtig behandelt.

Verpflegungswesen

Die heutige soziale Verunsicherung der Studenten durch steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen (Stipendien) verlangt nach *möglichst günstiger Befriedigung von Grundbedürfnissen.* Die Aktionen zur Mensapreiserhöhung gaben die Stossrichtung an: keine Privilegien, sondern eine *hinreichende Sozialpolitik* der Hochschule hat niedrige Preise zu garantieren.

Der Text des Aktionsprogramms kann beim VSETH (Leonhardstr. 19) bezogen werden. Wir fordern alle, die an der Realisierung dieses Programms interessiert sind (und sei es auch nur an einem Teilgebiet), auf, mit dem Vorstand oder anderen «Aktionen» Kontakt aufzunehmen, um in demokratischer Zusammenarbeit die hier aufgezeigten Probleme konkret anzupacken.

Hugo Rytz, Beat Vorburger

eth

2 Tage Inflation

Jener Sprecher, der nach der Tagung *«Inflation ohne Ende?»* von 3. und 4. Mai die Inflation mit einem unergründbaren schwarzen Kasten verglich, zog damit auch gleich das Fazit der beiden Arbeitstage am *Gottlieb-Duttweiler-Institut.* Immerhin waren zuvor gewichtige Vertreter aus Wirtschaft und Politik in diesem Kasten herumgetappt. Manch einer hatte versucht, Licht in sein Inneres zu werfen, aber keinem gelang es, ihn zu erhellen.

Der erste Luzifer war *Prof. G. Bombach,* Wirtschaftswissenschafter und Rektor an der Universität *Basel,* der Bombach der Modelle und Fussnoten. Er sollte das Licht der theoretischen Oekonomie bringen. Indes sein Thema hiess bereits *«Inflation ohne Ausweg»,* und so suchte er den Ausweg schon gar nicht, beschränkte sich auf eine Uebersicht über die traditionellen Ansätze. Sie erhellten wenig, weder *Keynes* noch *Friedmann* boten Halt, und so mündete sein Referat schliesslich in das Teilproblem der Lohnindexierung aus. Flucht vor den unbekannten Ursachen in den sicheren Schoss der Wirkungen.

Dann *N. Celio.* Am Rednerpult stand nicht mehr der Bundesrat, sondern der Verwaltungsrat einer Grossbank. Trotzdem, er ist der alte geblieben: Kurzweilig, mahnende Worte und Spässe lösten sich ab, und zuletzt blieb dem Zuhörer die altbekannte Ungewissheit, was nun wirklich an Substanz hinter seinen Worten steckt. Er sah die Inflation als Gefahr für Demokratie und Regierbarkeit, bekannte sich zum *Interventionismus* und forderte – wohl mit Blick auf seine eigenen politischen Reihen – ein neues Verständnis des Liberalismus. Im übrigen blieb auch bei ihm der Kasten dunkel, sein Schlusswort verriet schon fast Resignation: *Das System erträgt heute weder Krankheit noch Medizin.* Vorzuschlagen als Spruch für den ökonomischen Kalender von 1975.

Zuletzt blieb einem die Gewissheit, dass der Kasten hier nicht erhellt werden würde. Dass er bis auf weiteres überhaupt nicht erhellt wird. Celio meinte, die Inflation gefährde die Demokratie. Mag sein. Sicher aber gefährdet sie den kleinen Mann, für den es weder Sachwerte noch Euromarkt gibt, für den es nur «Spar»büchlein und Wohnungsmieten gibt. *Andreas Strehle*

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
das Sortiment mit der klaren Konzeption und dem grossen Laden

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Manipulationen der Reichen für die Reichen

Volksinitiative betreffend Aenderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Reichtumssteuer) und Gegenvorschlag des Kantonsrates

Die Stimmbürger haben über die *SP-Initiative* und über den vom Kantonsrat verbesserten *Gegenvorschlag des Regierungsrats* zu entscheiden. Beide bringen eine einschneidende Revision des Steuergesetzes, höhere Sozialabzüge, insbesondere höheren Abzug für die erwerbstätige Ehefrau, und einen Steuertarif, der unten die sogenannte kalte Progression beseitigt und oben höher hinaufgeführt wird. In allen diesen Punkten unterscheiden sich die beiden Vorschläge nicht grundsätzlich; die SP-Initiative ist etwas sozialer mit höheren Abzügen. Dagegen weist sie zusätzliche Neuerungen auf, die dem Gegenvorschlag völlig abgehen. Es sind deren drei:

- Der *Reichtumssteuerzuschlag* auf sehr hohen Einkommen, Vermögen und nicht ausgeschüttetem Ertrag von Kapitalgesellschaften.
- Die *Indexierung* des Steuertarifs, welche verhindert, dass die unteren und mittleren Einkommen bei der heutigen Teuerungsrate innerhalb von zwei bis drei Jahren schon ganz massiv mehr belastet werden nur aufgrund des Teuerungsausgleichs, ohne dass sie kaufkraftmässig mehr verdienen würden.
- Die Wiedereinführung der *Kapitalgewinnsteuer*, welche bedeutet, dass das Einkommen aus Kauf und Verkauf (Wertzuwachs!) von Aktien, Gold, Kunstobjekten usw. nicht länger steuerfrei bleibt, sondern wie das Arbeitseinkommen oder die Gewinne auf Liegenschaften besteuert wird.

Franz Schumacher, Rechtsanwalt und Kantonsrat, gilt als «Vater der Reichtumssteuer» in der Schweiz.

Lügenhafte Staatspropaganda

In der Weisung an die Stimmberechtigten werden diese vom Regierungsrat *äusserst einseitig orientiert*. Lässt man die Tabellen weg, so bleiben etwa 1½ Seiten Text der Begründung der SP-Initiative gegenüber rund 60 Seiten Text, mit welchen die Vorzüge des bürgerlichen Gegenvorschlags gepriesen und die Nachteile der SP-Initiative aus der Sicht ihrer Gegner mit grosser Emotion herausgestrichen werden. Mit 89:6 Stimmen lehnte der Kantonsrat ein Postulat Schumacher ab, welches verlangte, dass der Stimmbürger im «Beleuchtenden Bericht» über die «*wesentlichen Differenzen in der parlamentarischen Beratung*» orientiert werden und ihm «*auch die Argumentation der jeweiligen Parlamentsminderheit knapp dargestellt werden*» solle. Nach dem Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volks soll dem Stimmbürger die «Meinung des Kantonsrats» bekanntgegeben werden. *Nach Auffassung der Regierung gehört zum Kantonsrat im Sinn des Gesetzes nur die Mehrheit, nicht auch die Minderheit.* Diese fragwürdige Interpretation unterstützen die geschlossenen Fraktionen von der Nationalen Aktion über die Mittelparteien bis zum Freisinn; die SP-Kantonsräte dagegen enthielten sich mit Ausnahme der sechs Befürworter der Stimme. Dabei ging es nicht bloss um eine quantitativ und qualitativ einseitige Beeinflussung des Stimmbürgers in der Weisung, welche doch aus Steuermitteln der Allgemeinheit bezahlt wird und also mindestens so objektiv und neutral im bürgerlichen Sinne orientieren müsste wie das staatliche Radio und Fernsehen, sondern die Weisung enthält gewollt Unwahrheiten und unterschlägt wichtige Informationen über die zahlenmässige Auswirkung der beiden Revisionsvorschläge, die der Stimmbürger sonst nirgends als aus den steuerstatistischen Unterlagen des Staats erhalten kann. Solche Informationen enthielt noch die Weisung des Regierungsrats an den Kantonsrat, die rund um die Hälfte länger als die Weisung an den Stimmbürger war. Dazu ein Beispiel:

Auswirkungen für Kanton und Gemeinden

Die allgemeine Staatssteuer wird gemäss Voranschlag 1974 dem Kanton 1500 Mio. Fr. einbringen. Dem Stimmbürger wird mitgeteilt, dass der Gegenvorschlag per Saldo 8% *Mindereinnahmen* bewirkt; er könnte sich ausrechnen, dass dies also 120 Mio. Fr. beim Kanton ausmacht, bzw. dass der Steuerfuss* bei der Staatssteuer bei Annahme des Gegenvorschlags von zurzeit 120 auf 130% erhöht werden müsste. Es wird ihm auch gesagt, dass die Ausfälle bei den Gemeinden von 1% für Küsnacht (reiche Gemeinde) über 7,6% für Zürich (mittelreiche Gemeinde) bis 37,5% für Wildberg (arme Gemeinde) ausmachen und also Steuerfusserhöhungen auch bei den Gemeinden nötig machen, die höchsten ausgerechnet für die Steuerzahler der armen Gemeinden, die schon heute die höchsten Steuerfüsse aufweisen. Für Küsnacht würde sich der Steuerfuss von 101 auf 102% erhöhen, für Zürich von 131 auf 141%, für Wildberg von 165 auf 227%! Dem Stimmbürger wird demgegenüber weisgemacht, die Kapitalgewinnsteuer gemäss SP-Vorschlag ergebe bloss einen «geringen Ertrag»; dass er *mindestens 35 Mio. Fr.* ausmacht, durften lediglich die Parlamentarier erfahren. Die lächerliche *Personalsteuer* (Kopfsteuer) für die Aermsten dagegen will der Regierungsrat entgegen der Initiative nicht abschaffen, obwohl sie bloss 7 Millionen einbringt.

Die Reichtumssteuer wird als «völlig untauglich» und «verheerend» bezeichnet. Und zu den höheren Sozialabzügen der SP-Initiative wird dem Stimmbürger vorgelogen: «*Die weit über die Teuerung hinausgehende Erhöhung der Sozialabzüge für praktisch alle Steuerpflichtigen würde zu massiven Steuerausfällen für Kanton und Gemeinden führen, die mit einer erheblichen Erhöhung der Steuerfüsse aufgefangen werden müssten.*» Der Stimmbürger darf die Zahlen, die in der Weisung der Parlamentarier noch standen, nicht erfahren, weil sie die vorstehende Behauptung als schlichte Lüge erkennen lassen würden. Tatsächlich sind die Steuerausfälle wegen sozialerer Ausgestaltung des SP-Vorschlags etwas höher als die oben genannten Per-Saldo-Ausfälle des bürgerlichen Gegenvorschlags; zu vergleichen wären aber damit ebenfalls die Per-Saldo-Ausfälle der SP-Initiative, und diese sind kleiner nach den eigenen Berechnungen des Regierungsrats: beim Kanton weniger als die Hälfte, weniger als 4%, weil nämlich die Reichtumssteuer 262 Mio. Mehreinnahmen erbringt, davon die Hälfte für den Kanton, die Hälfte für die Gemeinden. Die Hälfte für die Gemeinden ist ausserdem so aufgeteilt, dass eine reiche Gemeinde wie Küsnacht nichts erhält, die Stadt Zürich etwas weniger als ihren Bevölkerungsanteil, die arme Gemeinde Wildberg im Sinn eines Finanzausgleichs mehr, als ihrer Bevölkerung entspricht. Die massiven Steuerfusserhöhungen ergeben sich also nicht bei der SP-Initiative, sondern beim bürgerlichen Gegenvorschlag: Dort sind es 10% für den Kanton und bis zu 62% bei den Gemeinden. Bei der SP-Initiative würde die *Erhöhung beim Kanton weniger als 5%* ausmachen, bei den *Gemeinden null bis 10%* statt 1 bis 62%. Das Gegenteil der Behauptungen des Regierungsrats ist wahr: Der Gegenvorschlag, nicht die SP-Initiative, bringt massive Erhöhungen des Steuerfusses. Mit der Initiative spart der Steuerzahler in den meisten Gemeinden, darunter auch in der Stadt Zürich, zehn bis zwanzig Steuerfussprozent, in armen Gemeinden über fünfzig Prozent!

Wen trifft die Reichtumssteuer?

Nominell gilt sie für Einkommensteile über 100 000 Fr. und Vermögensteile über 1 Million. Infolge der verschiedenen Abzüge ergibt sich im Vergleich zum Gegenvorschlag scheinbar eine Mehrbelastung ab 120 000 Fr. Einkommen und etwa 800 000 Fr. Vermögen. Berücksichtigt man jedoch die kleineren Steuerfüsse wegen des höheren Ertrags, so werden je nach Gemeinde erst *Einkommen von 150 000 bis 200 000 Fr.* und *Vermögen über 1 Million stärker belastet.* Von den rund 640 000 Steuerpflichtigen sind etwa 7000 Millionäre betroffen, also knapp 1%, darunter besonders jene rund 2000 Superreichen, die jährlich über 250 000 Fr. «verdienen» (vgl. dazu das «Tages-Anzeiger-Magazin» vom 25. 5. 74 und die Steuerstatistik 1969, die auf heutige Geldwerte zu extrapolieren ist). Praktisch das ganze Volk wird demgegenüber durch die Reichtumssteuer entlastet, selbst der obere Mittelstand mit 100 000 Franken Einkommen und 1 Million Vermögen.

Franz Schumacher

* *Steuerfuss:* Ausgangspunkt für die Berechnung ist die Skala der «einfachen Staatssteuer» = 100%. Kanton und Gemeinden berechnen die Höhe ihrer Steuern mit dem Steuerfuss. Wenn eine Gemeinde einen Steuerfuss von 138% hat, bedeutet dies, dass sie von ihren Steuerzahlern 138% der in der Skala vorgesehenen Beträge erhebt.

Jugendstrafrecht und Jugendkriminalität

Gesetz über die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozessordnung und des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch («Kleine Revision) und
Volksinitiative zu einem Gesetz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

Die «kleine Revision» bezweckt u. a. eine Vereinfachung und Beschleunigung des Strafprozessverfahrens. Erreicht werden soll dieses Ziel vor allem durch die Ausweitung der Strafbefehlskompetenzen des Bezirksanwalts und durch erhöhte Befugnisse der Einzelrichter und der Bezirksgerichte sowie durch eine Beschränkung der Kompetenzen des Geschworenengerichts (Wegfall der Selbstabtreibung und der passiven Abtreibung, Erhöhung der Deliktwertgrenze von 10 000 Fr. auf 30 000 Fr.).

Aufgrund der Teilrevision des Strafgesetzbuchs wurde die Strafprozessgesetzgebung, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betrifft, wesentlich überholt und verbessert. Für mich wesentlich ist vor allem der *Ausbau der Verteidigungsrechte junger Menschen.* Zusätzlich wurde die Möglichkeit geschaffen, auf Bezirksebene Jugendgerichte einzuführen und dem Obergericht eine Jugendkammer anzugliedern.

Schliesslich bringt die kleine Revision eine neue und sinngemässe *Gesetzssystematik* und die Umbenennung des bisherigen Einführungsgesetzes zum schweizerischen Strafgesetzbuch in ein «*Gesetz über das kantonale Strafrecht und den Vollzug von Strafen und Massnahmen*».

Vollzugsgrundsätze — eine progressive Neuerung

Der Regierungsrat beschränkte sich auf die gesetzliche Fixierung des Sozialdiensts der Justizdirektion anstelle des bisherigen Schutzaufsichtsamts. Einige Kommissionsmitglieder konnten sich damit nicht begnügen und erreichten in langen und zähen Verhandlungen die Festlegung von sieben Vollzugsgrundsätzen, die für alle Anstalten im Kanton Zürich Geltung haben.

Demnach ist der Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen «*als Hilfe für die Eingliederung des Eingewiesenen in die Gesellschaft zu gestalten*» (Grundsatz 1). Am bedeutendsten Grundsatz 2: «*Die menschliche Würde des Eingewiesenen ist zu achten und zu schützen. Der Vollzug hat sich unnötiger Einschränkungen, die sich nicht aus dem Freiheitsentzug selbst ergeben, zu enthalten.*» Es ist durch Fachkräfte zu prüfen, «*mit welchen Förderungsmassnahmen und Behandlungen das Vollzugsziel erreicht werden kann*» (Grundsatz 3). «*Selbstbeschäftigung kann gestattet werden, insbesondere zur beruflichen Umschulung und Weiterbildung*» (Grundsatz 5). «*Der Verkehr mit der Aussenwelt, insbesondere mit Ehegatten, Angehörigen und anderen geeigneten Personen, ist zu fördern; wenn es verantwortbar ist, wird er ohne Ueberwachung gewährt*» (Grundsatz 6). Grundsatz 7 regelt die Disziplinarmassnahmen: «*Körperliche Einwirkungen, Dunkelarrest und ungenügende Ernährung sind ausgeschlossen. Arrest soll nur wegen schwerer und wiederholter Verfehlungen verhängt werden.*» Einzig die *Entlöhnung* konnte leider gegenüber «einer angemessenen Entschädigung» nicht durchgesetzt werden (Grundsatz 4).

Diese Vollzugsgrundsätze sind Ausdruck der Erkenntnis, dass der Vollzug an Wichtigkeit dem Strafrecht und dem Prozessrecht mindestens gleichgestellt werden muss. Deswegen wurden alle Anträge abgelehnt, *Vollzugsgrundsätze nur auf Verordnungsstufe zu regeln.* Eine gesetzliche Regelung dürfte für schweizerische Verhältnisse erstmalig sein. Nachdem sich die Regierung zunächst gegen diese Vollzugsgrundsätze und ihre Regelung in § 30 des Gesetzes über das kantonale Strafrecht zur Wehr setzte, darf ihre Annahme durch den Kantonsrat auch staatsrechtlich als eine Sternstunde des Parlaments bezeichnet werden. «Papier ist geduldig», könnte der Skeptiker nicht zu Unrecht einwenden. Die Durchsetzung der Vollzugsgrundsätze ist nicht nur eine Frage der Legislative, sondern auch des Volks, das «ja» zum Gesetz sagt, und der Verwaltung, vom Regierungsrat bis zum Gefängnispersonal, das die Vollzugsgrundsätze praktizieren wird.

Volksinitiative zur Bekämpfung der Jugendkriminalität überholt

Durch die kleine Revision und insbesondere durch die Vollzugsgrundsätze sind die meisten Postulate der Initiative erfüllt. Der Initiant, *Ludwig A. Minelli,* beschränkte sich vor dem Kantonsrat auf drei angeblich noch offene Fragen, deren Beantwortung ihm den Rückzug der Initiative ermöglichen würde: Die Verteidigung Jugendlicher, die Selbstverwaltung in Anstalten und die Entlöhnung anstelle der «*angemessenen Entschädigung*».

Die *Verteidigung Jugendlicher* ist nach meiner Erfahrung in § 371 StPO in sehr befriedigender Weise gelöst, indem diese je nach den Interessen des betroffenen Jugendlichen dem Inhaber der elterlichen Gewalt oder einem erbetenen oder einem amtlichen Verteidiger, «der nicht Rechtsanwalt zu sein braucht», übertragen werden kann. So weit die berechtigte Forderung nach *Selbstverwaltung* auf Gesetzesstufe erfüllt werden kann, ist ihr in den Vollzugsgrundsätzen Rechnung getragen.

Bedauerlicherweise scheiterte die *Entlöhnung* der Gefangenen und Eingewiesenen. Dieser Kampf muss nach meiner Auffassung gegen Selbstgerechtigkeit und Vorurteile einer bürgerlichen Gesellschaft fortgesetzt werden. Die zur Diskussion stehende Initiative scheint mir dafür nicht ein richtiges und angemessenes Mittel zu sein. Sie enthält zu viele verschiedenartige Postulate, die nicht in einem einzigen Gesetz zusammengefasst werden können. Gleichzeitig fehlt ihr aber auch eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise, indem bestimmte Gruppen herausgegriffen werden, ohne dass die Frage nach andern Gruppen, zum Beispiel Lehrlingen, die sich nicht in einem Heim befinden, gestellt wird.

Persönlich lehne ich die Jugendkriminalität als Ansatzpunkt für eine Gesetzesrevision ab; schliesslich ist die Jugendkriminalität nicht Ursache. Eine richtig verstandene Jugendgesetzgebung müsste einen positiven Ausgangspunkt haben und dürfte nicht den Eindruck erwecken, als ob man Angst vor den Jugendlichen hätte.

Hansjörg Braunschweig

Hansjörg Braunschweig ist Amtsvormund der Stadt Zürich, Kantonsrat und Präsident des Schweizerischen Friedensrats.

Der Krug geht zur Urne . . .

Gleich mit 7 kantonalen Abstimmungsvorlagen wird der Zürcher Stimmbürger am 29./30. Juni konfrontiert. Zählt man die Fragen dazu, die die Behörden in der Stadt dem Stimmvolk noch unterbreiten, dann sind es insgesamt 17 Entscheide, die am Ende des Monats gefällt werden müssen und zu denen sich jeder Bürger eine Meinung bilden können sollte. Angesichts dieser Anhäufung von Vorlagen, von denen mehrere Studenten und Jugendliche ganz besonders betreffen, hat der «zürcher student» beschlossen, die am meisten umstrittenen nicht unbesprochen zu lassen, sondern seine Leser mit einigen Argumenten dazu zu konfrontieren. Bei den hier veröffentlichten Texten handelt es sich – dies sei an dieser Stelle ausdrücklich festgehalten – um Standpunkte und nicht etwa um irgendeine offizielle Meinung der Redaktion oder der Studentenschaft. Wir haben lediglich versucht, zu jedem Thema Argumente zum Ausdruck kommen zu lassen, die in der offiziellen (aber deshalb noch lange nicht unparteiischen) Abstimmungsvorlage zu kurz kommen und die der besonderen Interessenlage der Studierenden am ehesten entsprechen. Wir können dem geneigten Leser weder die Lektüre der umfangreichen Vorlagen (erhältlich bei der Kanzlei des Kantons bzw. der Stadt Zürich) noch der Tagespresse ersparen. Wenn wir ihm dazu etwas Zusatzinformation haben liefern können, ist unser Ziel erreicht.

Redaktion zs

Papierhaufen-Demokratie

Wenn der Kanton Zürich seinen Stimmbürgern die Lektüre einer sage und schreibe 175seitigen Abstimmungsvorlage zumutet und die Stadt Zürich zudem noch mit 12 Seiten im Zeitungsformat nachdoppelt, kann wohl ohne Uebertreibung von Ueberforderung des Stimmbürgers gesprochen werden. Diese Ueberforderung nimmt noch bedenklichere Ausmasse an, wenn man berücksichtigt, dass es sich bei mehreren Vorlagen um stark umstrittene Fragen handelt, zu denen sich also jeder eine Meinung bilden können sollte. Dass die ohnehin mitunter schon recht einseitigen Massenmedien kaum imstande sein dürften, jede der 17 Vorlagen mit der erforderlichen Gründlichkeit kontrovers zu behandeln, leuchtet ein. Und die offizielle Vorlage des Regierungsrates ist, schon nur wenn man die Seitenzahl betrachtet, die jeweils den verschiedenen Argumenten beigemessen wurde, alles andere als objektiv: sie kann allerhöchstens den Standpunkt der Mehrheit im Kantonsrat darstellen.

Diese Ueberforderung dürfte jedoch nicht einem reinen Zufall zu verdanken sein, der Tatsache etwa, «dass sich eben Gemeinde und Kanton vor immer zahlreichere Aufgaben gestellt sehen». Dies wird spätestens dann klar, wenn man die verschiedenen Abstimmungsgegenstände unter die Lupe nimmt. Darunter befinden sich die Reichtumssteuer-Initiative und die Initiative für Erhaltung von Wohnraum in städtischen Gebieten der SP und die Gegenvorschläge des Kantonsrates dazu, die vom «Züri-Leu» stark propagierte Initiative zur Bekämpfung der Jugendkriminalität und die POZ-Initiative zur Eigenwirtschaftlichkeit produktiver öffentlicher Unternehmen, deren Annahme die Grundlage für den Nulltarif bei den Verkehrsbetrieben schaffen würde. In der Stadt Zürich sind stark umstritten der Kredit für das Jugendhaus Drahtschmidli, der neue Gastarif mit der Teuerungsklausel, der Projektierungskredit für die Erweiterung der Quaibrücke und das Seepark-Projekt. Die Anhäufung der Vorlagen ist nicht nur darauf angelegt, das Kritikvermögen des Stimmbürgers schlicht und einfach zu überfordern, sondern auch die Möglichkeiten der verschiedenen Parteien und Komitees, die sich zu den Vorlagen äussern werden, entscheidend einzuschränken. Jeder wird sich auf ein bis zwei Objekte beschränken müssen und damit die Argumente zu den andern seinen Gegnern überlassen. Somit ist Gewähr geboten, dass sich in möglichst vielen Fragen letztlich die in den Vorlagen abgedruckte Meinung der Behörden – das heisst der bürgerlichen Mehrheit in Exekutiven und Legislativen – durchsetzen wird.

Wenn man andererseits weiss, dass Abstimmungen im Sommer gegenüber solchen im Frühling oder im Herbst ohnehin eine Tendenz zu Abstention aufweisen, wird man nicht erstaunt sein, wenn gewisse Leute wieder einmal Grund haben, über die Demokratie im allgemeinen zu jammern und zu beteuern, der Bürger sei eben gar nicht mehr auf der Höhe der von ihm verlangten Entscheidungen.

Unsere Demokratie ist faul. Aber aus anderen Gründen.

Pierre Freimüller

«Es ist leichter, dass es Katzen hagle und Morcheln schneie, als dass die Grundsätze eines gerechten Steuerfusses bei einem Geschlechte Eingang fänden, welches aus Sittenreinheit auf dem Geld sitzt wie eine Kröte auf ihrem Dünkel.»

Heinrich Pestalozzi

Abbruchverbot — Mieter gegen Wirtschaft

Volksinitiative für ein Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum in städtischen Gebieten und
Gegenvorschlag des Kantonsrates zu einem Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum für Familien

Die Initiative der SP fordert für die Städte Zürich und Winterthur sowie für weitere Gemeinden, die sich durch Gemeindebeschluss diesem Gesetz unterstellen,

- dass der *Abbruch,* der *Umbau* und die *Zweckänderung* von baulich nicht abbruchwürdigen oder nicht sanierungsbedürftigen Wohnbauten *verboten* wird,
- dass der Abbruch, der Umbau und die Zweckänderung von baulich *abbruchwürdigen* oder *sanierungsbedürftigen* Wohnbauten *bewilligungspflichtig* wird,
- dass Bewilligungen nur erteilt werden dürfen, wenn gesichert ist, dass *wenigstens im bisherigen Ausmass* Wohnraum zu *tragbaren Mietzinsen* entsteht oder erhalten bleibt,
- dass die Gemeinden zur Enteignung berechtigt sind, falls die Voraussetzun-

Beat Bücher ist ETH-Architekt und arbeitet als Planer am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL). Seit März Gemeinderat in Zürich.

gen für die Bewilligung nicht gegeben sind.

Regierungsrat und Kantonsrat lehnen diese bezüglich Zielsetzung und Massnahmen klare und konsequente Initiative der Sozialdemokratischen Partei ab. Die Vertreter des Bürgertums wollen die Probleme der Wohnungsnot, der Mietzinsnot und der Wohnraumverdrängung in den Städten nicht wahrhaben. So argumentiert denn auch der Stadtrat von Zürich in seiner Vernehmlassung zuhanden des Regierungsrats: «... *der Stadtrat (hält) diese Initiative für zu einseitig auf das Wohnungsproblem orientiert. Die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft sowie für die Errichtung von öffentlichen Bauten und Erholungsanlagen dürften ebenso wichtig sein.*»

Wässeriger Gegenvorschlag soll Volk beschwichtigen

Da jedoch in zunehmendem Mass auch traditionell bürgerliche Wählergruppen unter den Folgen der kapitalistischen Siedlungspolitik leiden, versucht das Bürgertum mit einem Gegenvorschlag einerseits entgegenzukommen und anderseits *gleichzeitig dem Problem auszuweichen*. Unter zahlreichen Vorwänden, insbesondere aber unter dem Vorwand der Notwendigkeit von positiven Steuerungsmassnahmen für die Nutzungsbestimmung, soll eine konsequente Erhaltung von Wohnraum zu tragbaren Mietzinsen verhindert werden:

- die Unterstelllung der grossstädtischen Gemeinden soll *nicht zwingend* erfolgen und zudem auch *auf einzelne Gemeindeteile beschränkt* werden können,
- die Unterstellung soll *auf fünf Jahre befristet* sein, um dann allenfalls verlängert werden zu können,
- Abbruch, Umbau und Zweckänderung sollen insbesondere auch dann möglich sein, wenn sie im Rahmen einer «öffentlichen Planung» notwendig werden und wenn der Eigentümer einen von ihm geführten *Betrieb erweitern* möchte,
- die Möglichkeit der Enteignung durch die Gemeinde soll ausgeschlossen werden,
- anstelle von *Wohnraum zu tragbaren Mietzinsen* soll der *preisgünstige Wohnungsbau* oder die preisgünstige Erhaltung von Wohnraum angestrebt werden. «Tragbar» nimmt Bezug auf die Lohneinkommen der betroffenen Mieter – was aber bedeutet «preisgünstig» anderes als einen *nicht überdurchschnittlichen Marktpreis?*

Der Gegenvorschlag versucht, den Pelz zu waschen, ohne ihn nass zu machen. Dass der Gegenvorschlag geschaffen wurde, beweist, dass die Behörden die Annahme der Initiative durch das Volk befürchtet haben. Es beweist, dass das Bürgertum die tatsächliche Wirksamkeit der Initiative zur Erhaltung von Wohnraum zu tragbaren Mietzinsen richtig einschätzt und die Durchsetzung der Profitinteressen von Grundeigentümern und Bauwirtschaft in Frage gestellt sieht.

Um die Interessen der Mieter gegen diese Profitinteressen durchzusetzen, hat die Sozialdemokratische Partei im Jahr 1971 diese Initiative lanciert und eingereicht. Die Durchsetzung der Forderungen dieser Initiative ist heute dringlicher denn je. Sie muss von allen unterstützt werden, für die eine «wohnliche Stadt» mehr ist als nur ein leeres Schlagwort vor den Wahlen – nämlich eine Stadt, in der den Bewohnern der Wohnraum erhalten bleibt.

Beat Bürcher

Anmerkung der Redaktion: Zwischen der Volksinitiative und dem Gegenvorschlag besteht u. a. ein wesentlicher Unterschied, von dem Studenten ganz besonders betroffen sind, nämlich die Kategorien des zu erhaltenden Wohnraumes. Die Initiative verlangt schlichtweg die Erhaltung der heute (noch) vorhandenen Wohnungen, unabhängig von Art und Grösse. Der Gegenvorschlag indessen «schützt» lediglich «Wohnraum für Familien», unter Missachtung des Umstands, dass heute rund ein Drittel der Bevölkerung nicht in einer Familiengemeinschaft wohnt. Mit andern Worten: Die Interessen der Einzelbewohner von Zimmern und Kleinwohnungen, der Mitglieder kleinerer und grösserer Wohngemeinschaften usw. werden nur durch die Initiative gedeckt, nicht aber durch den Gegenvorschlag des Kantonrats.

Jugendhaus oder Palast für die Braven?

Gemeinschaftszentrum Drahtschmidli mit Jugendhaus, Mehrzweckssaal, Sporthalle, Flussrestaurant und Fussgängerbrücke (städtisch)

Zürich braucht ein Jugend*haus*, keinen Jugend*verwaltungspalast*. Wir sind der Meinung, dass auch 42 Millionen für die Jugend nicht zu viel sind, die Frage ist nur, wie und für was sie angewendet werden. Wenn man die Struktur des bisherigen Trägers *Verein Zürcher Jugendhaus* näher betrachtet, fällt einem sofort auf, dass der Verein nicht auf der Seite der Jugend steht. Mitglieder dieses Vereins sind nicht die Jungen, sondern Politiker, Rektoren und andere Persönlichkeiten, die sich als *«Puffer zwischen der Jugend und den Behörden»* verstehen.

Wie aber soll ein Jugendhaus heute und in Zukunft funktionieren, wenn die Jugendlichen, die es ja angeht, ständig ausgelassen werden? Wie kann sich ein Jugendhaus den Bedürfnissen der Jugendlichen anpassen, wenn der Trägerverein diese Bedürfnisse nicht kennt? Dies sind nur ein paar Gedanken, die aber bereits aufzeigen, wie komplex die Fragen um ein Jugendhaus herum sind und dass mit einem Neubau – mag er noch so gross und repräsentativ aussehen – keineswegs zwei Fliegen auf einen Streich gefangen werden können.

Es ist für Zürich von ausserordentlicher Bedeutung, vor einem Jugendhausneubau genügend *Anschlussprogramme* zu erarbeiten auf der Grundlage der *Studiengruppe für eine schweizerische Jugendpolitik*. Unter Anschlussprogrammen verstehen wir eine *aktive Jugendhilfe*, die staatlich ohne Bedingungen subventioniert ist. Das heisst, dass die heutigen Institutionen, die teils unabhängig sind und teils vom Staat finanziert werden, Mittel erhalten würden, und zwar ohne Bedingungen, die eine fruchtbare Weiterarbeit gefährden. Der Neubau Drahtschmidli ist bezeichnend dafür, wie einschneidend sich im Laufe der Jahre die finanzielle Abhängigkeit des *Vereins Zürcher Jugendhaus* und der *Vereinigung Ferien und Freizeit* ausgewirkt hat. Vom einstigen Verein, der sich für die Jugend engagiert hat, hat er sich gewandelt und tanzt nun nach den Interessen seiner Mitglieder, die sich im Laufe der Zeit alles andere als jugendfreundlich gezeigt haben.

Theo Bünzli war Mitglied der «Studiengruppe Neubau Drahtschmidli», in der auch der VSETH vertreten war, und Mitbegründer der «Arbeitsgruppe aktives Jugendhaus». Bünzli hat im vergangenen Frühjahr für den Stadtrat kandidiert.

Der Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat, die teilweise im Alleingang vom heutigen Jugend-Verwalter *Kantonsrat Konrad Amberg* ausgearbeitet wurde, kann man verschleiert entnehmen, wie der Jugendhausleiter eine Betriebsführung im Neubau gerne sähe. Es steht zum Beispiel: «*Das Verhältnis der sozial unangepassten zu der sozial angepassten Jugend soll zugunsten der sozial angepassten lauten.*» Mit diesem unscheinbaren Satz, den die grosse Oeffentlichkeit kaum versteht, versucht man das Jugendhaus zu einem *Jugendbildungsinstitut* umzufunktionieren, das die sogenannten braven Jugendlichen mit offenen Konsumarmen empfängt, die Jugendlichen aber, die im Dreck sitzen, weil sie sich zu Hause oder am Arbeitsplatz oder in ihrer allgemeinen Lebenssituation nicht wohl fühlen, werden gar nicht berücksichtigt oder dann nur mit dem Hintergedanken, sie später zu integrieren.

Gemeinsam mit der *Arbeitsgruppe Aktives Jugendhaus* (AAJ), welche sich seit bald 2 Jahren darum bemüht, die Missstände im bestehenden Jugendhaus aufzuzeigen, und welche entschieden *gegen den Neubau* Drahtschmidli ist, haben sich in den letzten Tagen auch andere Organisationen dagegen ausgesprochen. Der *Stadtzürcher Heimatschutz* beurteilt den Neubau negativ und findet auch, dass eine Realisierung des 42-Millionen-Jugendhauses nicht nur landschaftlich, sondern auch der Jugend gegenüber unverantwortlich ist. Die *Koordinationsgruppe Jugendarbeit*, welcher die Organisationen *ZAGJP, Drop-in, Speak-out, Teestübli, Jugendcafé, Ulmenhof, Medienzentrum, Flipp-in, Lehrlingsfoyer, Arbeitsgruppe Aktives Jugendhaus, Auffangstation Wollishofen, Städtische Jugendberatung und Lädelilade* angehören, ist geschlossen der Meinung, dass ein Neubau mehr schadet als nützt. Es gibt in diesem Zusammenhang zwei Aspekte:

- Wird der Neubau nicht bekämpft und wird er von den Stimmbürgern am 30. Juni angenommen, sind sämtliche Initiativen auf dem Gebiet der Jugendhilfe in der Stadt Zürich *auf Jahrzehnte hinaus blockiert*, weil sich die Behörden dann immer wieder darauf stützen können, dass man ja nun ein neues teures Jugendhaus habe. Allein schon aus diesem Grund ist eine Ablehnung und ein Kampf gegen den Neubau Drahtschmidli wichtig.
- Wird der Neubau abgelehnt, ohne dass eine Alternative vorliegt, wird sich der Stadtrat darauf beziehen, dass die Bürger ja gar kein Jugendhaus wollen. Wer aber hat die Jugend zu diesem Thema schon gefragt? Es ist daher von grosser Bedeutung, dass Jugendliche aller Schichten dazu motiviert werden, gegen den Neubau Drahtschmidli zu demonstrieren. Dies kann durch Teilnahme an den geplanten Aktionen geschehen oder durch eigene Aktionen.

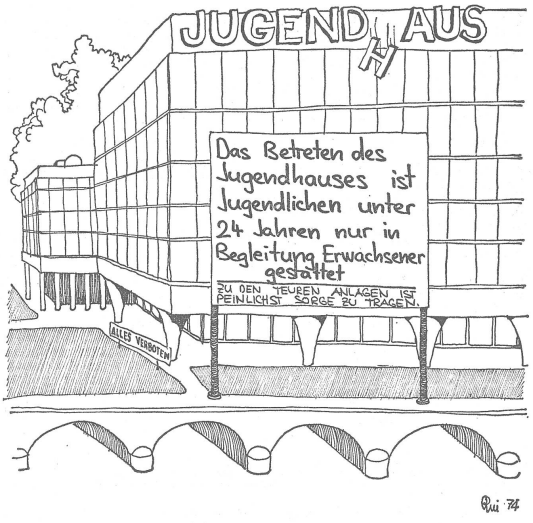
Das Jugendhaus wird mit grossem Aufwand für den Neubau werben (Inserate, Kleber, Info-Bus, 30 Info-Stände usw.), und zwar sind es nicht die Jugendlichen, die werben, sondern die Gemeinderäte, die in der gemeinderätlichen Kommission dem Projekt zugestimmt haben. Weil der Gemeinderat aber ein hängiges Gesuch der Vereinigung Ferien und Freizeit noch nicht bewilligt hat, hat der Verein Zürcher Jugendhaus aus dem von ihm verwalteten *Baufonds* dem VFF einen Kredit im Betrag von 100 000 Fr. gegeben, der für die Werbung (ein Extra-«Einezwänzgi» in alle Haushaltungen verteilt) verwendet wird.

Mit der ehemaligen *Basisgruppe Drahtschmidli*, heute *«Drahtzieher»*, bahnt sich im Hinblick auf die Abstimmung eine Zusammenarbeit an, die sich in gemeinsamen Flugblättern und Klebern ausdrückt.

Wir rufen alle auf, uns Aktionen usw. bekanntzugeben, damit Gruppen und einzelne Jugendliche darauf verwiesen werden können (Tel. 32 30 42).

Es ist wichtig, für eine wichtige Sache etwas Wichtiges zu tun! Do it!

Theo Bünzli, AAJ



Eigenwirtschaftlichkeit – heilige Kuh des Bürgertums

Volksinitiative betreffend Aenderung von § 129 des Gesetzes über das Gemeindewesen (Eigenwirtschaftlichkeit produktiver Unternehmen)

Unter den zahlreichen Vorlagen vom 29./30. Juni ist eine Initiative der *Progressiven Planungsgruppe Zürich* (PPZ) – Teilorganisation der *Progressiven Organisationen Zürich (POZ)*. Diese Initiative verlangt die Aenderung von § 129 des Gesetzes über das Gemeindewesen (Eigenwirtschaftlichkeit produktiver Unternehmen). Dieser Artikel soll kurz Sinn und Zweck dieser Forderung darlegen.

Der § 129 des kantonalzürcherischen Gesetzes über das Gemeindewesen umschreibt die Art und Weise, wie sogenannte *«produktive» Unternehmen* der Gemeinden (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Verkehrsbetriebe) sich zu finanzieren haben. Absatz 1 des Gesetzes schreibt vor, dass diese Unternehmen *ihre Kosten grundsätzlich aus den Betriebsergebnissen decken*, das heisst *selbsttragend* sind. Absatz 2 lässt zu, dass mögliche Defizite aus der Gemeindekasse bezahlt werden können.

Die Initiative der PPZ verlangt nun die Aenderung dieses Paragraphen: die Gemeinden sollen *auf kostendeckende Taxen ganz oder teilweise verzichten können*. Kantonsrat und Regierungsrat «empfehlen» den Stimmberechtigten, diese Volksinitiative abzulehnen, da sie «zu weit» gehe. Was steckt dahinter?

Bürgerliche Tarifpolitik

Das Prinzip der *Eigenwirtschaftlichkeit* heisst im Kern nichts anderes, als dass die entsprechenden Tarife laufend erhöht werden. Dies verlangt auch der Zürcher Freisinn in seinem Aktionsprogramm 74: den kostendeckenden Tarifen sei wieder *«Nachachtung zu verschaffen»*, poltert er, und weiter: *«Die Taxordnung ist kein Spielfeld für soziale Postulate, die VBZ-Tarife müssen erhöht werden.»*

Es ist klar: kostendeckende Tarife gehen *auf Kosten der Benützer* – in Form von indirekten Steuern. Das Bürgertum organisiert diese Tarifpolitik als Taxerhöhungsoffensive auf breiter Front: auf Bundesebene werden PTT- und SBB-Tarife erhöht, in der Stadt Zürich werden abwechslungsweise Gas-, Tram-, Bus- und Strompreise erhöht; hinzu kommen Spitaltaxen, Prämien der Krankenkassen, Studiengebühren und Mensapreise, Schulgelder usw.

Es widerspricht einer sozialen Finanzpolitik, dass die laufenden und dringenden Infrastrukturkosten als *indirekte Steuern* auf die werktätige Bevölkerung, auf die Benützer abgewälzt werden. Denn das bürgerliche Motto ist: «Taxen rauf, Löhne blockieren!» Es ist nämlich dasselbe, ob einem der Lohn durch Verweigerung des Teuerungsausgleichs oder durch ständige Gebührenerhöhungen gekürzt wird. Es ist selbstverständlich, dass diese Massnahmen die unteren Einkommen – die Mehrheit der Bevölkerung – wesentlich härter treffen als die reiche Minderheit.

Ernst Gräub studiert Soziologie, ist Mitglied der POCH-Hochschulgruppe und Vizepräsident des GStR.

Die Forderung der Bürgerlichen nach selbsttragenden Taxen dient als Alibi. Der § 129 ist der Alibiparagraph ihrer Zürcher Fraktion.

Kostendeckende Tarife und Demokratie-Abbau

Taxfragen – namentlich Taxerhöhungen – sind für die Interessenvertreter des Bürgertums in Parlament und Behörden seit einiger Zeit unbequem geworden, vor allem solange die Bevölkerung (noch) etwas dazu sagen darf. Durch die *«prinzipielle» Handhabung von kostendeckenden Tarifen* werden Taxerhöhungen zum «Sachzwang», da der Defizitausgleich verlangt wird. Dies veranlasste auch den Zürcher Stadtrat, die Indexierung des Gaspreises zu verlangen, das heisst, die jährliche «Anpassung an die Teuerung» soll künftig in der Kompetenz das Stadtrats liegen. Die Absicht leuchtet jedermann ein: unliebsame Abstimmungen sollen mittels Dekret umgangen werden.

Das Prinzip der kostendeckenden Tarife ist eine heilige Kuh des Bürgertums. Es ist das Prinzip, laufende Tariferhöhungen auf dem Rücken der Arbeiter, Angestellten, Rentner und Studenten auszutragen. Es ist das «freisinnige» Prinzip, Taxfragen aus dem Bereich des Referendums zu entziehen. Die PPZ-Initiative will den Weg zu einer sozialeren Verteilung der Infrastrukturlasten ebnen.

Ernst Gräub

Gaspreis - amtlich verordnete Teuerung

Erlass eines neuen Gastarifs, Verbilligungsbeitrag an die Stadtzürcher Gasbezüger und Ermächtigung an den Stadtrat zur teuerungsbedingten Gaspreisanpassung (städtisch)

Gaspreis? Was hat das mit uns Studenten zu tun, wird mancher fragen. Ich meine, dass sich für uns Studenten einige Ueberlegungen zur Erhöhung des Gaspreises, über welche am 30. Juni abgestimmt wird, aufdrängen. Denn erstens werden wir Studenten von der Teuerung stark betroffen, zweitens sind wir als Stimmbürger zu den Urnen gerufen, und drittens lassen sich aus der Gasgeschichte anschaulich gewisse Lehren ziehen.

Kurz zur Geschichte der drei Gasvorlagen: *«Günstig wie nie»*, lautet die amtliche Propaganda bei der Umstellung von *Kohlegas* auf *Erdgas*. Die Stimmbürger stimmten zu. Lieferverträge mit multinationalen Grosskonzernen werden geschlossen. Dazu der Stadtrat: *«Die Beschaffung von Erdgas aus dem Ausland ist mit Unsicherheitsfaktoren verbunden. Alle langfristigen Erdgaslieferverträge enthalten Index- oder Preisanpassungsklauseln, die unsere Einkaufspreise kurzfristig – teilweise sogar rückwirkend – beeinflussen können»*[1].

Martin Jäggi studiert Rechtswissenschaft und ist Mitglied des GStR sowie des Marxistischen Studentenverbandes (MSV), welcher die vorliegende Stellungnahme unterstützt.

Resultat: Der Gemeinderat beschliesst im Februar 1973 die erste Erhöhung der Gaspreise. Damit nicht etwa die Falschen den Multis ihre Superprofite zu bezahlen haben, wird die Erhöhung abgestuft: *Kleinbezüger* (Haushalte) *hätten 60–70%, Grossbezüger* (Industrie, Büropaläste usw.) *aber nur 17,8%* mehr zu bezahlen. Ganz abgesehen davon, dass im Interesse des Umweltschutzes das umweltfreundliche Erdgas verbilligt und nicht verteuert werden sollte, ist diese Abstufung ungerecht. Die PdA und die POZ haben dagegen das Referendum ergriffen. Die Stimmbürger zeigten, was sie von dieser amtlich verordneten Teuerung hielten. Mit 88 109 gegen 67 629 Stimmen wurde die Vorlage abgelehnt.

Jedoch: «Sie ruhen nicht und rasten nicht», im Stadthaus nämlich. Genau 8⅔ Monate nach dem deutlichen Volksentscheid beschliesst der Gemeinderat gleich *drei neue Gasvorlagen* (ohne Gegenstimme!).

1. Erlass eines neuen Gastarifs

Waren's vorher maximal 70% Aufschlag, so sind es jetzt 74%, allerdings für Gross- und Kleinbezüger gleichermassen. Wie gerecht, wie sozial, möchte man ausrufen. *«Im Gegensatz zu der am 20. Mai 1973 verworfenen Vorlage wird darauf verzichtet, den neuen Tarif strukturell zu verändern»*[2], das heisst, die Kleinen stärker zu belasten als die Grossen.

Jedoch das Volk freut sich zu früh, und die Grossbezüger haben sich vergeblich gegrämt, denn: *«Es ist allerdings beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine Strukturrevision in die Wege zu leiten, doch bedingt dieses Vorhaben noch umfangreichere Vorarbeiten»*[3]. Nachtigall, ick hör dir trapsen, lautet ein Berliner Sprichwort, welches hier passt. Hat der Stimmbürger einmal zugestimmt, dann können die Preise für Grossbezüger wieder gesenkt (=«strukturell verändert») werden. Uebrigens: Auch nach den «strukturell unveränderten» Tarifen kostet eine Megakalorie für Haushalte 14,4 Rp. und für Grossbezüger nur 6,3 Rp. Gegen diese amtlich verordnete Teuerung haben die PdA und die POZ das Referendum ergriffen.

2. Verbilligungsbeitrag an den Stadtzürcher Gasbezüger

«Aus verschiedenen Gründen erachtet es jedoch der Stadtrat als unerwünscht, den vollen Gaspreisaufschlag von 74% auch auf die Gasbezüger auf Stadtgebiet zu überwälzen»[3]: Vorortsgemeinden zahlen den vollen Aufschlag, in der Stadt bezahlt die Stadtkasse eine Verbilligung von 13,8% auf den neuen Tarif (Teuerung immer noch 50%). Mit diesem Zückerchen hofft man das Volk zu ködern. Leider gilt dieser Aktionspreis nur für ein Jahr. Nachher ...

3. Ermächtigung zur teuerungsbedingten Gaspreisanpassung

Hier wird dem Volk die *Kompetenz entzogen*, zu weiteren Preiserhöhungen Stellung zu nehmen. Der Stadtrat soll in Zukunft laufend die Gaspreise dem Teuerungsindex und den Preisforderungen der Multis anpassen können. Nach dem Debakel mit der letzten Abstimmung hat man offenbar Angst vor weiteren Volksentscheiden. Der «Tages-Anzeiger» schrieb dazu: *«Unser Blatt hat anlässlich der Abstimmung über die Tarifordnung der Verkehrsbetriebe* (lies: Tramtaxenerhöhung) *auf eine solche Möglichkeit hingewiesen. Es wäre nicht abwegig, das Experiment vorerst einmal beim Gaspreis durchzuspielen ...»*[4].

Der Stadtrat und der Gemeinderat liessen sich das nicht zweimal vorschlagen. Der Zusammenhang mit den Tramtaxen ist evident. Die Dämme, welche das Volk mit dem Referendum gegen die Teuerung in den öffentlichen Betrieben errichtet hat, sollen weichen, damit sich nachher eine Flut von Preiserhöhungen auf die Benützer wälzen kann. Gegen dieses liederliche Spiel mit demokratischen Rechten haben die PdA und die POZ das Referendum ergriffen.

Ein bemerkenswertes Detail: Der einzige Gemeinderat, der sich gegen diesen Abbau der Volksrechte wehrte, war *Ernst Weiss (svp.)*, welchem ich hier

---

1 Abstimmungsvorlage, herausgegeben von der Stadtkanzlei Zürich, verfasst vom Stadtrat, Nr. 2, 1974, S. 2
2 Weisung des Stadtrats an den Gemeinderat, 30. November 1973, S. 14
3 ebenda, S. 15
4 Tages-Anzeiger vom 10. Dezember 1973

für seine demokratische Einstellung danken möchte.

Das Lied ist immer das gleiche: Steigen bei öffentlichen Betrieben infolge der ungeheuren Inflationsgewinne der Grosskonzerne (wer's nicht glaubt, soll die Wirtschaftsseiten der «NZZ» studieren) die Kosten, so werden sie mit erhöhten Preisen auf die Benützer abgewälzt. Demokratische Rechte des Volkes werden abgeschafft, wenn sie diesem Spiel im Wege sind. Das gleiche konnten die Studenten der Uni kürzlich bei der Erhöhung der Mensapreise und der «Entmachtung» der Mensabetriebskommission, wo Studenten eine gewisse Mitbestimmung auch in Preisfragen hatten, erleben.

Die Mittel, welche zur Deckung des Gasdefizits und damit zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des umweltfreundlichen Erdgases mit andern Energieträgern nötig sind, können mit der Reichtumssteuer der SP, welche am 30. Juni ebenfalls zur Abstimmung kommt, und mit kostendeckenden Preisen für Grossbezüger beschafft werden. So braucht es keine Beutezüge auf die Taschen der Kleinbezüger (66% aller Gasbezüger) und auch keine Steuererhöhungen für Arbeiter-, Angestellten- und Rentnereinkommen. Ebenfalls nötig ist die Annahme der Volksinitiative betreffend Aenderung von §129 des Gemeindegesetzes (vgl. spezieller Artikel), welche es den öffentlichen Betrieben erlauben wird, staatliche Unterstützung zu beziehen.

Ich fordere daher alle Studenten auf, in ihrem eigenen und im Interesse aller Werktätigen und Rentner von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen, den Kampf der PdA gegen die Teuerung zu unterstützen und den drei Gasvorlagen die notwendige Antwort zu erteilen.

Martin Jäggi

Tram soll für Autos herhalten

Erhöhung des Vorschusskredites für die Projektierung eines Neubaus der Quaibrücke unter Einbezug der Neugestaltung von Bürkli- und Bellevueplatz (städtisch)

Ueber die verkehrspolitische Bedeutung der Vorlage orientiert die Kolumne *«Zum Einsturz der Quaibrücke am 30. Juni 1984»* von Christian Thomas. Ich möchte hier nur auf *ein* Argument eintreten, mit dem die Behörden dem Volk diesen Brocken verkaufen wollen.

Die Zürcher Bevölkerung schickt seit einiger Zeit ganz boshaft alle Vorlagen bachab, die dem Privatverkehr dienen. Deshalb hätte eine auf sechs Spuren erweiterte Quaibrücke in einer Abstimmung kaum Chancen – es sei denn, man könne dem Volk weismachen, dass dabei der öffentliche Verkehr gefördert werde. Und genau dieser Salto mortale wird dem Stimmbürger vorgesetzt. Die zwei zusätzlichen Fahrspuren, so der Stadtrat, dienten nur dazu, die Grünzeiten des Privatverkehrs zu verkürzen und jene des Trams zu verlängern.

Der Haken an dieser Ueberlegung ist allerdings der, dass die Grünphasen fürs Tram gar nicht unbedingt zu kurz sind, sondern schlecht verteilt. Wenn die Signalanlage optimal auf die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs ausgerichtet würde, wäre die Kapazitätsverminderung für den Privatverkehr gar nicht so schwerwiegend (und vielleicht ja auch erwünscht). An der Ecke vor dem ABM-Warenhaus zum Beispiel werden die Tramzüge oft minutenlang angehalten, ohne dass der Querverkehr überhaupt zirkulieren kann.

Man wird daher den Verdacht nicht ganz los, dass es dem Stadtrat doch eher um den privaten als um den öffentlichen Verkehr geht. Wer garantiert dafür, dass die Tramphasen dann wirklich länger sind? Zudem kann der ganze Effekt durch einen längeren Phasenumlauf wieder zunichte gemacht werden. Auf das dritte Tramgeleise in der Brücke kann weitgehend verzichtet werden, sobald die Verkehrsregelung am Bellevue dem Tram die absolute Priorität einräumt.

Beat Schweingruber

Zum Einsturz der Quaibrücke am 30. Juni 1984

Eine Woche nach dem folgenschweren Einsturz der Zürcher Quaibrücke am 30. Juni 1984 ist es heute möglich, eine *Bilanz der verkehrspolitisch bedeutsamen Ereignisse* der letzten Tage zu ziehen. Obwohl allgemein bekannt war, dass sich die Quaibrücke seit mehr als 10 Jahren in einem schlechten Zustand befindet, kam der Einsturz der beiden bellevueseitigen Bogen um 07.35 h unter dem Morgen-Stossverkehr völlig überraschend. Autos wurden dabei nur sehr wenige beschädigt, da sie von der langsam einstürzenden Brücke noch flüssig wegfahren konnten, hingegen wurden vier Tramzüge, welche durch Signalampeln wie üblich blockiert waren, stark

Christian Thomas, ETH-Architekt, Ex-VSETH-Präsident, ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU) und der stadtzürcherischen Vereinigung für Heimatschutz.

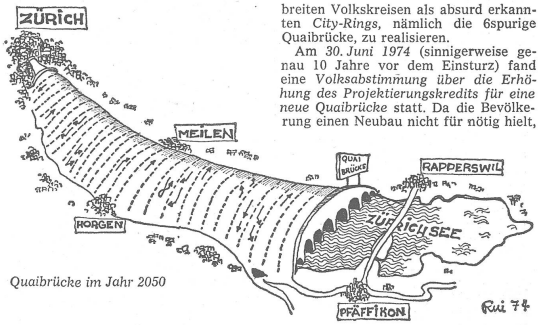
in Mitleidenschaft gezogen. Es gab 17 Verletzte, von denen 13 ambulant behandelt werden konnten. Der Sachschaden beträgt ca. 2,5 Mio. Fr.

Das Verkehrschaos in den ersten Stunden nach dem Einsturz war unglaublich, doch die Stadtpolizei reagierte schnell: Sie ordnete sofort an, der Verkehr sei *wie jeweils am Sechseläuten-Nachmittag* zu führen. In nur 1½ Stunden waren alle entsprechenden Täfeli plaziert.

In der Sechseläutenzone wurden Velos, Töffli und Motorräder zugelassen. Die Trams zirkulierten so gut wie möglich via Uraniabrücke. Geistesgegenwärtig handelte auch der *Kommandant der Genie RS 236* in Bremgarten: Er dislozierte seine Truppen mit Material und Baumaschinen sofort nach Zürich. Der fahrplanmässige Verkehr wurde um 06.00 h nach einem Unterbruch von weniger als 24 Std. wieder aufgenommen.

Kaum war die Verkehrssituation so weit wieder normalisiert, dass sie keine Notmassnahmen (Kurzarbeitszeit usw.) mehr erforderlich machte, wurde die Diskussion um eine definitive Lösung eines Neubaus wieder angeheizt. Der Stadtpräsident liess durchblicken, dass nunmehr die Zeit gekommen sei, *das zentrale Stück des City-Rings*, nämlich die 6spurige Quaibrücke, unverzüglich zu bauen.

Anderseits gewann die *Aktion «Freies Zürich = Autofreies Zürich»* in



Quaibrücke im Jahr 2050

den letzten Tagen ungemein an Boden, da ihr Verkehrskonzept nun zur Befriedigung der grossen Mehrheit der Bevölkerung plötzlich bestens funktionierte. Seit dem Einsturz werden Fahrräder und Mofas nicht mehr nur von Jugendlichen benutzt, sondern es scheint, dass alle verkehrstüchtigen Zweiräder in Zürich seit 7 Tagen im Gebrauch sind.

Alles deutet darauf hin, dass sich die Bevölkerung darauf eingestellt hat, dass das Privatauto für die Verbindung zwischen linkem und rechtem Seeufer in Zukunft ohne Sonderbewilligung nicht mehr zu gebrauchen sein wird. Anders wäre es nicht zu erklären, dass die auf roten Plakaten angekündigte Gratisaktion des «Tages-Anzeigers» für *Wohnungs- und Stellentausch zwischen linkem und rechtem Seeufer* so grossen Anklang fand. Es meldeten sich auch Interessenten, welche über den Tagi-Computer Eigentumswohnungen oder Villen tauschen wollten. Kündigungen und Stellengesuche sind besonders im Seefeld und in der Enge massenhaft aufgetreten.

Diese (für viele nicht ganz unverhoffte Wendung in der Zürcher Verkehrspolitik verdanken wir dem *Heimatschutz*, der *SP Zürich 1* und der *ZAS, (Zürcher Arbeitsgruppe für Städtebau)*, welche sich schon Anfang der 70er Jahre gegen einen erweiterten Neubau der Quaibrücke eingesetzt hatten. Der damalige Stadtrat (bereits berüchtigt für die U-Bahn und das Ypsilon) wollte den schadhaften Zustand der Quaibrücke ausnützen, um einen weiteren Abschnitt des damals schon in breiten Volkskreisen als absurd erkannten *City-Rings*, nämlich die 6spurige Quaibrücke, zu realisieren.

Am *30. Juni 1974* (sinnigerweise genau 10 Jahre vor dem Einsturz) fand eine *Volksabstimmung über die Erhöhung des Projektierungskredits für eine neue Quaibrücke* statt. Da die Bevölkerung einen Neubau nicht für nötig hielt, wurde der Kredit mit überwältigendem Mehr verworfen. Der Stadtpräsident erklärte darauf am Fernsehen mit seinem ewigen, nunmehr schlaffen Lächeln, dass das Zürcher Volk die Zeichen der Zeit verkenne und schon noch lernen werde. Ein Sprecher der bürgerlichen Parteien bezeichnete das Referendum als *«fatalen Missbrauch der Volksrechte»*, und es gelte nun nach der Ablehnung der U-Bahn, des City-Rings und der bevorstehenden Ablehnung des Ypsilons *neue Formen des demokratischen Regierungsmanagements* zu finden, wobei er durchblicken liess, dass es mehr auf die «Funktionstüchtigkeit» als auf die «Demokratie» ankomme.

Vorerst schien in der Sache Quaibrücke nichts zu geschehen, doch nach einem Jahr erfuhr die Oeffentlichkeit durch eine Indiskretion, dass *Stadtingenieur Bernath* auf eigene Faust, aber mit stillschweigender Genehmigung des Stadtrats ein *Projekt für eine 8spurige Quaibrücke* ausarbeiten liess. Unter dem Vorwand, die acht Spuren dienten als «Warteraum» für den Privatverkehr, damit das Tram weiterhin zirkulieren könne, liess er das Projekt mit einem Aufwand von 950 000 Fr. kurzerhand aus dem Fonds «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs» finanzieren. Als der Skandal aufflog, beschloss der Stadtrat, an der Quaibrücke nichts mehr zu tun, «um es den Zürchern zu zeigen».

Im Lichte der neuesten Ereignisse können wir dem damaligen Stadtrat nur dankbar sein für seine Trotzhaltung!

Oeffentliche anthroposophische Tagung

vom 12. bis 18. Juli 1974, in der Rudolf-Steiner-Schule, Plattenstrasse 37

Der Mensch als Mass und Mitte – die Kernfrage der Gegenwart

Morgenkurs zum Tagungsthema von **Dr. Hans Erhard Lauer.**
Nachmittagskurse in kleineren Gruppen, mit freiem Gespräch:

I. **Der Mensch als Mass und Mitte in der Gestaltung der Gesellschaft**
II. **Ist die Technik wirklich böse?**
III. **Aktuelle Probleme in der Heilkunst**
IV. **Werdestufen des Dramas als Etappen der Bewusstseinsentwicklung**
V. **Die Musik des 19. und 20. Jahrhunderts in ihrem Verhältnis zum Zeitgeist**

Kurse in Eurythmie, Sprachgestaltung, Plastizieren
Abendvorträge über aktuelle Fragen des sozialen Lebens

Eurythmie-Aufführung — Dramatische Aufführung

Ausführliche Programme durch Frau M. Balastèr, Bionstrasse 14, 8006 Zürich.

Ansprechende Auswahl
günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10 (auch 1. Stock)
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Weiterbildung!
Schneller und besser mit dem audiovisuellen Sight + Sound System
- Maschineschreiben
- Briefgestaltung
- Orthographie
- Interpunktion
- Engl. Stenographie

Alle Kurse beginnen täglich.
Verlangen Sie bitte Unterlagen.
01 27 15 00
SIGHT + SOUND
Education Switzerland AG
Löwenstr. 23, 8001 Zürich
4174

transteam ag
Temporär- u. Dauerstellen
Rämistr. 50, 8001 Zürich 01 47 60 88

FREIHOFER
Buchhandlung für Medizin
Rämistrasse 37
Zürich 1
Tel. 47 92 22

Grau ist der Alltag
bunt ist die Welt ...
CANONICA! + Co
Machen Sie Ihren Alltag fröhlich-bunt mit Farben von Canonica!
Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

APOTHEKE OBERSTRASS ZÜRICH
Dr. Peter Eichenberger-Häfliger
Universitätsstrasse 9 Tel. (01) 47 32 30

PHARMA TIP: Mit besserem Wetter erhöht sich Ihre Chance für einen Heuschnupfen wieder: Schlucken Sie ein antiallergisches Mittel sofort nach dem Aufstehen, halten Sie die Nasenschleimhaut mit einer milden Salbe feucht, beachten Sie, dass Heuschnupfenmittel die Reaktionsfähigkeit vermindern können.

Zwischen zwei Vorlesungen ein erfrischendes
CAMELLA
choco drink

MAGI'S JEANS SHOP
Jeans à gogo...
Grosse Auswahl Rundhosen in vielen modischen Farben. Unisex.
T-Shirts, Jacken, Hemden, Accessoires.
10% Rabatt für Studenten!
Weinbergstrasse 15
8001 Zürich
Telefon (01) 34 94 43

Zur Erhöhung der Semesterbeiträge um 2 Fr.:

Die finanzielle Aktionsfähigkeit bewahren!

Der Grosse Studentenrat hat an seiner Sitzung vom 21. Mai beschlossen, die Semesterbeiträge der Studenten an die Studentenschaft von 12 Fr. auf 14 Fr. pro Student und Semester heraufzusetzen. Die Teuerung macht also auch vor der Studentenschaft nicht halt. Die Beiträge der Studenten ergeben pro Semester heute ungefähr 130 000 Fr. Nach der Erhöhung werden der Studentenschaft um die 150 000 Fr. zur Verfügung stehen. Was geschieht mit diesem Geld?

Die Studentenschaft ist die Vertretung aller Zürcher Uni-Studenten. Die Vertretung einer Studentenschaft ist eine aufwendige Sache. Es ist völlig unmöglich, die Anliegen der Studenten als Freizeitjob zu betreuen. Die Aufgaben der Studentenschaft sind sehr komplex: einerseits sind die Studentenschaften die wenigen wirklich aktiven Zentren der schweizerischen Bildungspolitik. Anderseits geht es darum, die soziale Lage der Studenten zu verbessern und für die Studenten wichtige Dienstleistungen zu unterhalten.

Diese verschiedenartigen Aufgaben bedingen eine *Organisation:* die fünf (praktisch vollamtlichen) KStR-Mitglieder (nebenamtlich bezahlt) und eine Sekretärin bilden das Sekretariat. Hier wird die ganze Organisation des Dienstleistungssektors übernommen (Beratung der Studenten, Information, Wobü, Rechtsberatung, Studentendruckerei). Zusätzlich werden hier die bildungspolitischen Aufgaben betreut. Die Kontakte zur Universitätsverwaltung und zu den Behörden werden ebenfalls vom KStR besorgt. Wenn aber sechs Leute für die Studenten arbeiten, braucht es auch die nötigen Einrichtungen, die Büros mit dem ganzen Betriebsaufwand.

Die Rechnung der Studentenschaft der letzten drei Jahre

(Werte in Fr.)	SS 71	WS 71/72	SS 72	WS 72/73	SS 73	WS 73/74
Die wichtigsten Ausgaben:						
Beiträge an die Fakultäten	9 218	6 695	9 385	8 277	12 000	11 700
VSS-Beitrag	16 834	15 994	17 924	17 256	19 208	18 360
Zürcher Student / Konzept	10 550	7 798	9 227	10 752	10 683	10 344
übrige Dienstleistungen und Institut.	8 456	8 331	9 890	6 861	7 156	6 521
Information	4 015	5 427	4 987	4 118	4 911	6 877
Arbeitsgruppen-Unterstützung	1 068	700	95	914	2 120	3 073
Veranstaltungen	316	190	2 357	5 285	2 856	3 744
Lohnkosten	38 067	47 185	44 935	49 885	43 097	45 958
Bürobetrieb	14 079	13 385	11 586	11 309	11 561	10 761
Spesen	3 320	4 699	2 537	3 107	2 876	2 827
Total der Einnahmen	104 367	116 872	115 818	127 269	116 800	124 233
Ausgaben gem. Semesterabrechnung	108 833	112 605	115 033	119 854	116 800	121 423
Ueberschuss (+), Defizit (–)	4 465 –	4266 +	785 +	7 414 +	0	2 810 +
Ausgaben über Reserven	7 568	7 081	1 246	400	2 022	188
effekt. Defizit (–), Ueberschuss (+)	12 033 –	2 815 –	461 –	7 014 +	2 022 –	2 622 +

(Das Total über alle 6 Semester gibt ein effektives Defizit von 7 695 Fr.)

Dienstleistungen

Die Studentenschaft arbeitet aber nicht nur zentral. Es gibt die vielen *Fachschaften,* die die direkten Studienbelange betreuen und für die Studenten wichtige Dienstleistungen erbringen. Dafür bezahlen wir ungefähr 12 000 Franken. Und es gibt die Arbeitsgruppen, die an der Universität im Rahmen der Vorlesungen und des übrigen Studienbetriebs viel inhaltliche Arbeit leisten. Sie bekommen heute 4000 Franken. Und dann gibt es die vielen Kommissionen und Institutionen, die ihre Aufgaben etwas verselbständigt haben: Wohnungsvermittlung, Rechtsberatung, Zentralstelle, Zürcher Student, Lesesaal. Und es gibt schwächere Vereinigungen, die von uns unterstützt werden: die Mittelschüler, das Studententheater.

Die Studentenschaft ist wie jede Organisation der Teuerung unterworfen. Die Löhne sind bei uns indexiert (weil wir nicht nur soziale Postulate aufstellen!), weshalb die Löhne mit der Teuerung steigen. Papierpreise, Posttaxen, Telephon, Büromaterial usw. werden teurer. Es ist eigentlich erstaunlich, dass die Beiträge in letzter Zeit nicht mehr gestiegen sind. Aber die Zunahme der Studentenzahlen hat der Studentenschaft neue Einnahmequellen erschlossen. So blieb die Rechnung ohne grösseres Defizit.

Die Studentenschaft ist Mitglied beim Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS). Der VSS bekommt von uns pro Student und Semester 2 Franken. Der VSS legt seine Beiträge im Delegiertenrat fest (Zürich hat neun Delegierte); die Studentenschaft ist als Mitglied zur Zahlung verpflichtet. Der VSS hat nun beschlossen, seine Beiträge um 1 Franken zu erhöhen. Denn er ist, wie die Studentenschaften auch, von der Teuerung betroffen. Von unserer Beitragserhöhung geht also die Hälfte an den VSS.

Erhöhung notwendig

Wie die Finanzen der Studentenschaft in den letzten drei Jahren ausgesehen haben, kann der Tabelle entnommen werden. Man stellt fest, dass wir in den letzten drei Jahren 7695 Franken mehr ausgegeben haben, als Einnahmen zu verzeichnen waren. Das neue Budget der Studentenschaft rechnet sogar mit einem Defizit von 17 098 Franken. Eine Erhöhung der Beiträge ist somit sicher gerechtfertigt.

Man kann die Finanzen einer Studentenschaft natürlich nicht nur betriebswirtschaftlich betrachten. Die Studentenschaften verstehen sich ja als politische Organisationen. Ein zwangsweise erhobener Beitrag für die Studentenschaft ist deshalb sicher ein Politikum. So wird auch die neue Beitragserhöhung bekämpft. Bezeichnend ist, wer sich gegen die Beitragserhöhung wendet. Es sind einerseits die Leute, die es am liebsten sähen, wenn es keine Studentenschaften gäbe. Denn die Tendenz zu einer gesellschaftlichen Veränderung, wie sie wohl in Studentenschaften vorhanden sein muss (weil man ja das Bildungssystem ändern will), ist vielen konservativen Studenten ein Dorn im Auge.

Es gibt aber auch Gegner der Beitragserhöhung, dennes es nicht um die Studentenschaft selber geht. Sie bestreiten vor allem einzelne Ausgaben. Beispielsweise die Unterstützung von Arbeitsgruppen. Oder sie möchten die Tätigkeit der Studentenschaft auf die traditionellen Gebiete beschränken. Denn wenn die Mittel knapp sind, werden vor allem neue Aufgaben davon betroffen. Und neue Aufgaben werden kommen. Vielleicht muss die Studentenschaft eine eigene Buchhandlung aufbauen, weil der Legi-Rabatt von den Buchhändlern bald gestrichen wird. Wenn zudem ernsthaft gespart werden muss, werden die Bereiche betroffen, in denen keine Verpflichtungen bestehen. Die Fachgruppen beispielsweise. Damit wird aber wieder die Studentenschaft geschwächt.

Zielscheibe VSS

Sehr umstritten ist der Beitrag an den VSS. Weil der VSS durch seine politische Ausrichtung nicht allen Studenten gefällt, will man ihn durch den Finanzhahn auf die Knie zwingen. Nur wird dabei übersehen, dass ein Vereinsmitglied zur Zahlung der Beiträge verpflichtet ist. Rechtlich kann der VSS also seine Beiträge einfordern, wenn er will. Man trifft in diesem Fall ein Opfer, das man gar nicht treffen will: die eigene Studentenschaft. Wenn man aber trotzdem gegen die Beitragserhöhung ist, so dokumentiert man, dass man der politischen Auseinandersetzung nicht gewachsen ist. Einerseits innerhalb der Studentenschaft, anderseits, darauf aufbauend, auch im VSS. Man wählt den einfacheren Weg, indem man die Institution in Frage stellt: durch den Finanzentzug.

Vermutlich wird über die Frage der Beitragserhöhung eine Urabstimmung stattfinden. Ein Referendum ist bereits angekündigt, und die Unterschriften werden gesammelt. Die Zürcher Studentenschaft muss diese Auseinandersetzung nicht fürchten. Denn die Zahlen sind deutlich genug. Die Studenten sollten eigentlich wissen, dass eine Entscheidung gegen die Studentenschaft nur den Leuten nützt, die für die schlechte Studiensituation verantwortlich sind – denen eben gerade *die* Studentenschaft auf die Finger schaut, deren Mittel in der Urabstimmung zur Diskussion gestellt werden. *KStR*

Fragen an die Studenten

Das Rektorat der Universität ist mit der Bitte an uns gelangt, einen Text veröffentlichen zu dürfen. Wir haben den Text des Rektors unverändert aufgenommen. Die Redaktion

Gerne mache ich von der Möglichkeit Gebrauch, mich im «zürcher studenten» zu den Ereignissen im Publizistischen Seminar zu äussern.

Warum das Rektorat eingegriffen hat

Zur Zeit, da durch den Dekan der Philosophischen Fakultät I die Einladung des Rektors zu einer Aussprache zwischen der Seminarleitung und den am Konflikt beteiligten Studenten übermittelt wurde, war die Rechtslage klar. Die Räume des Publizistischen Seminars waren rechtswidrig benutzt worden, und die betreffenden Studenten haben sich dadurch strafbar gemacht. Für den Fall einer Fortsetzung der untersagten Handlungen waren die erforderlichen Massnahmen geplant. Die Einladung zum Gespräch hatte in dieser Situation einen einzigen Grund: Die Diskussion sollte so lange den Vorrang vor dem Einsatz legaler Machtmittel haben, als dies möglich und sinnvoll erschien. Weder spielte dabei die Furcht vor dem Einsatz von Machtmitteln an sich eine Rolle noch die Meinung, der Konflikt am Publizistischen Seminar liesse sich durch ein einziges Gespräch beilegen. Wohl aber bestand die Hoffnung, für die Austragung des Konflikts Bedingungen zu finden, durch die – wie im Flugblatt des Rektors dargetan wurde – das Recht und die Würde eines jeden gesichert werden.

Wer ist «Sieger»?

Die Darstellung mancher studentischer Flugblätter und der «Andere Zitig», wonach die am Konflikt beteiligten Studenten als eindeutige «Sieger» zu bezeichnen wären, verdeckt einige Fakten.

Einmal: Die Studenten haben sich von der eigentlichen Machtprobe – Herstellung von der «Andere Zitig» in den Räumen des Seminars – zurückgezogen. Das ist ihnen als ein Schritt, der zur Entschärfung der Lage beigetragen hat, anzurechnen. Sie haben wohl die Zusicherung eines offenen Gesprächs über die Fragen des Seminars und der Bildung studentischer Arbeitsgruppen erhalten, aber die Bildung solcher Kreise steht fortan unter Bedingungen, die der Seminarleitung die Verantwortung für den gesamten Seminarbetrieb sicherstellen und die eine willkürliche Handhabung – zum Beispiel zur Durchsetzung einseitiger politischer Ziele – nicht zulassen.

Sodann: Durch die Uebereinstimmung in den Punkten 1 bis 3 des Protokolls haben sich die Studenten dazu verpflichtet, die Diskussion auf der Basis des gemeinsamen Gesprächs zu führen und nicht im Konfrontations- und Diffamierungsstil *gegen die Seminarleitung* oder – im Sinne einer «Gegenuniversität» – *an der Seminarleitung vorbei.* Wenn es bei der Regelung einen Sieger geben sollte, dann ist es der Gedanke, dass Auseinandersetzungen an einer Universität so lange als möglich auf der Ebene der Argumentation stattfinden sollten.

Was ist zu tun?

Dem Publizistischen Seminar ist eine wichtige Aufgabe gestellt: im Rahmen seines ordentlichen Lehr- und Forschungsbetriebs Kriterien zu suchen, nach welchen die Vorhaben studentischer Arbeitskreise als «wissenschaftlich» zu bezeichnen sein werden oder nicht. Denn nicht einem jeden «Ansatz», der sich als «wissenschaftlich» ausgibt, kann dieses Prädikat im vornherein zugestanden werden, einige elementare Voraussetzungen müssen dazu immerhin erfüllt sein. Es wäre ein bedenkliches Zeichen nicht nur für das Publizistische Seminar, wenn man sich an einer Universität auf solche Voraussetzungen nicht mehr zu verständigen wüsste.

Fragen an die Studenten

Die Situation am Publizistischen Seminar dürfte noch für längere Zeit kritisch bleiben. Krisen durchzustehen fordert von allen Konfliktparteien, dass sie sich an bestimmte Spielregeln halten. In meinem Flugblatt habe ich diese Spielregeln definiert: Sie sichern das Recht und die Würde eines jeden Partners. Mir scheint, dass die Herren Padrutt und Saxer schon dadurch, dass sie ihre Position als verantwortliche Leiter und Dozenten des Seminars nicht gewaltsam durchgesetzt haben, ein hohes Mass an Fairness unter Beweis stellen.

Und die Studenten?

Sind Sie bereit, hinfort auf die Diffamierung und auf die Sprache rücksichtsloser Aggression, wie sie auch nach der Vereinbarung auf Flugblättern und in der «Andere Zitig» fortgesetzt wurden, zu verzichten?

Sind Sie bereit, bei der Konfliktaustragung Grenzen ihrer Freiheit zu anerkennen, ohne die an keiner Universität und in keiner Gesellschaftsordnung wissenschaftliche Arbeit möglich ist?

R. Leuenberger, Rektor

Abonnieren Sie den «zürcher student» (mit «konzept»). Abonnemente laufen jeweils bis Februar. Die nächsten 6 Nummern bis Februar 75 (7× «konzept») kosten Fr. 12.– (Ausland Fr. 14.–).

Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

Einsenden an «zürcher student», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. (52/3)

Eine Woche «Di ander Zitig»:

Erfolg durch solidarischen Kampf

In einer vorläufigen Bilanz versuchen wir, die Erfahrungen unserer Arbeitswoche festzuhalten, sowohl was den politischen Kampf um die studentischen Forderungen wie auch das Experiment einer alternativen Tageszeitung betrifft. Anlass zur Arbeitswoche war die vollständige Missachtung der studentischen Interessen: kein Lehrauftrag für den Marxisten Franz Dröge, Kaltstellung eines Assistenten, völlig ungenügendes Forschungs- und Lehrangebot, Diskussionsverweigerung über die Lage am Seminar und die verschiedenen dort vertretenen wissenschaftlichen Ansätze sowie die Unterdrückung freier studentischer Arbeitsgruppen.

Die Erfahrungen der Arbeitswoche sowie die Tatsache, dass die Dozenten und die Universitätsbürokratie unsere Forderungen weitgehend akzeptieren mussten, zeigt: Allein mit rationalen Argumenten und Appellen werden Studenten ihre Interessen nie durchsetzen können. Erst wenn es gelingt, gegenüber den Dozenten ein starkes Kräfteverhältnis aufzubauen, können rational begründbare Forderungen je durchgesetzt werden.

Die von uns durchgeführte Arbeitswoche mit Herausgabe dieser Tageszeitung hat zu einem solchen Kräfteverhältnis geführt. Dieses Kräfteverhältnis haben wir aufgebaut, indem wir uns eines der Rechte, die uns zustehen, aber verweigert wurden, herausnahmen. Nämlich das Recht, als studentische Gruppe frei in den Räumen des Publizistischen Seminars arbeiten zu können.

Entscheidende Voraussetzungen dieser Arbeitswoche waren:

● Der Konflikt wurde nicht nur seminarintern, sondern unter Beteiligung verschiedener Basisgruppen beispielhaft für die ganze Hochschule ausgetragen.

● Das Projekt war öffentlich in einem doppelten Sinn: Dank der Tageszeitung konnten wir unsere Forderungen einer breiten Oeffentlichkeit vermitteln und gleichzeitig war die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme für alle gegeben, die sich mit unseren Forderungen solidarisieren wollten.

● Wir waren an einem Institut, das wissenschaftlich auf einem tiefen Niveau steht, in der Lage, sinnvolle alternative Arbeit in unserem Fachgebiet zu leisten – was unsere berechtigten Forderungen nach einem besseren Lehr- und Forschungsbetrieb besser verständlich machte.

Die Stärke, die wir dank der Zeitungsherausgabe erreichten, genügte, um Forderungen durchzusetzen, die von den Dozenten zum Teil seit über einem Jahr hartnäckig abgelehnt wurden. Dieses praktisch vollständige Einlenken der Dozenten sowie der Universitätsbehörden kann zu recht als einer der wichtigsten Erfolge der Zürcher Studentenpolitik der letzten Jahre bezeichnet werden. Denn die erkämpfte Tolerierung freier Arbeitsgruppen wird für die Universität eine Stärkung des Kampfes gegen die bürgerliche Wissenschaft bedeuten. Möglich war der Erfolg dank der breiten Solidarisierung innerhalb und ausserhalb der Publizistikstudenten: die Auflagesteigerung von 2500 auf 4500 innerhalb dieser Woche illustriert dies wohl deutlich genug.

Dieser Erfolg zählt um so mehr, als die reaktionäre bürgerliche Presse, die sich der Tragweite des Konfliktes offensichtlich bewusst war, vor jeglichen Zugeständnissen an die linken Agitatoren und Drahtzieher warnte. Die politisch bewährte Taktik, Konflikte auf angebliche Drahtzieher zurückzuführen, ist ein bewusster Ablenkungsversuch, den Konflikt nicht in den objektiv unhaltbaren Verhältnissen zu suchen. Der gleichen Sündenbock-Taktik bedient sich die Universitätsbürokratie, wenn sie versucht, mit gezielten Disziplinarverfahren einzelne für alle zu bestrafen und derart den Ruhe-und-Ordnung-Betrieb an der Universität aufrechtzuerhalten.

Studentischer Druck bricht Fronten auf

Dass sich der Konflikt am Publizistischen Seminar nicht auf Agitatoren, sondern nur auf die missliche Lage des Seminars zurückzuführen lässt, wird durch das Aufbrechen bisher intakter Fronten bestätigt: Dozenten, Assistenten, Unibürokratie, Erziehungsdepartement. Die lang geübte falsche Loyalität beziehungsweise bedingungslose Unterstützung wurde den beiden Dozenten Padrutt und Saxer zuerst von den Assistenten gekündigt, dann von der NZZ (Nr. 236) und schliesslich – was entscheidend war – vom Rektorat und Dekanat. Zählen können die beiden Dozenten höchstens noch auf den reaktionären Professorenklüngel und auf Gilgen.

Man darf jedoch nicht vergessen, dass dieses Aufbrechen der Fronten unter dem Druck der studentischen Mobilisierung erzwungen wurde – an einem Punkt, der zwar äusserst wichtig ist, den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb indessen nicht im Kern trifft. Denn diese Front kann sich wieder schliessen. Das heisst für uns: Wir müssen die jetzt erkämpften Rechte in der Praxis verteidigen, voll beanspruchen und weiter vorantreiben.

Dies war ein Anfang

Die Arbeitsbedingungen, die wir durch diesen Kampf erreicht haben, bilden nur die Ausgangsbasis für weitere Schritte in Richtung einer Wissenschaft, die ihre gesellschaftlichen Folgen mitbedenkt, nicht der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse dient, sondern die Interessen der unterdrückten Klasse vertritt. Wir müssen also weiterhin kraftvoll auftreten, um in den kommenden Auseinandersetzungen für weitergehende Forderungen, die sicher auf grösseren Widerstand treffen werden, fähig zu sein, unsere Interessen durchzusetzen.

Eine Bilanz des Experimentes «Di ander Zitig» ist wegen der Gleichzeitigkeit des politischen Kampfes und der Zeitungsproduktion erst in Ansätzen möglich. Trotz vielen Mängeln bedeutet diese Arbeitswoche in unserem Studium eine zentrale Erfahrung, die weit mehr wiegt als viele offizielle Lehrveranstaltungen. Warum?

● Das kollektive Arbeiten bedeutete für uns das Erproben eines neuen didaktischen Modells: forschendes Lernen in Gruppen.

● Wir haben dabei zwei für den bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb kennzeichnende Grenzen überschritten: die künstlich geschaffenen Grenzen zwischen den einzelnen Fachbereichen und die Abgrenzung zwischen Universität und Gesellschaft. Gerade unser Projekt zeigt beispielhaft, wie absurd diese Grenzen sind.

● Unser Praxisbezug beschränkte sich nicht auf das Durchspielen handwerklicher Probleme (wie das offizielle Lehrveranstaltungen gelegentlich versuchen). Er bedeutet vielmehr Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität und der Stellung unserer Wissenschaft darin. Darum haben wir eine Zeitung gemacht, die erstens auf die Folgen von Massenkommunikation eingeht und zweitens selbst nicht folgenlos sein will.

● Dieser Praxisbezug muss unterscheiden zwischen erwünschten und abzulehnenden Folgen. Er lässt deshalb keine wertneutrale Stellung zu. Und die Entscheidung für eine angestrebte Wirkung ist nicht ohne einen parteilichen Standpunkt möglich. Für uns ist das ein sozialistischer Standpunkt.

Nach den Erfahrungen dieser Woche steht für uns fest, dass ähnliche Experimente zu wiederholen sind. Bis dann!

Redaktion «Di ander Zitig»

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 780.— kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!
Auskunft und Beratung:

Foto-Druck aku Agentur ZÜRICH Tel. (01) 32 62 11, intern 32 73

Abstimmungsparolen der SP für den 30. Juni

Für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten

1. A) Volksinitiative betreffend Aenderung des Gesetzes über die direkten Steuern (Reichtumssteuer) **JA**
   B) Gegenvorschlag **NEIN**

Gegen spekulativen Häuserabbruch

2. A) Volksinitiative für ein Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum in städtischen Gebieten **JA**
   B) Gegenvorschlag **NEIN**
3. Gesetz über die Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozessordnung und des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch **JA**
4. Volksinitiative zu einem Gesetz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität **NEIN**
5. Gesetz über die Aenderung des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer **JA**
6. Volksinitiative betreffend Aenderung von § 129 des Gesetzes über das Gemeindewesen (Eigenwirtschaftlichkeit produktiver Unternehmen) **JA**
7. Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Kredites für die II. Etappe der Fernwärmeversorgung des Kantonsspital- und Hochschulquartiers in Zürich **STIMMFREIGABE**

SP

Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich
Engelstrasse 64, Postfach, 8026 Zürich

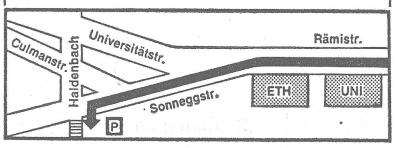
Taschenbücher!!!

rororo. Fischer. Heyne. Ullstein. Goldmann. Knaur. Suhrkamp. dtv.

Wir haben alle.

Uebrigens: Wir machen immer noch Fotokopien. Für 20 Rappen.

Hier:

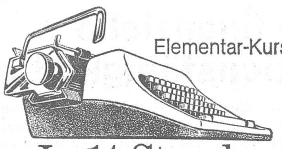


Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.

Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 9.00–18.30 durchgehend; Samstag 9.00–13.30

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich



Elementar-Kurs

In 14 Stunden lernt man etwas für das ganze Leben.

Elementar für jedermann ist das sichere Maschineschreiben. Also elementar für die sichere Bedienung von Schreibmaschine, Telex usw. Und für alle, die es einfach können wollen.

In nur 8 Stunden erlernen Sie audio-visuell das Maschineschreiben 10-Finger-System blind, um anschliessend während 6 weiteren Stunden das Erlernte intensiv und unter unserer Anleitung zu üben und zu vertiefen.

- täglich beginnen neue Kurse
- täglich eine Stunde
- Sie wählen die Kurszeit
- keine eigene Maschine erforderlich
- Anschlusskurse für Schnellschreiben

Am einfachsten ist es, wenn Sie unser Kursprogramm anfordern. Wir geben Ihnen auch gerne von 8.00 bis 20.00 Uhr telephonisch Auskunft.

01 27 15 00

SIGHT + SOUND EDUCATION SWITZERLAND AG
Löwenstrasse 23, 8001 Zürich

1/74

KENJI-KAN ZÜRICH
KARATE, JUDO, JIU-JITSU, AIKIDO
KARATESCHULE KIOTO
ZÜRICHS ERSTE KARATESCHULE
✆ (01) 25 66 92 / 25 05 23 / 25 11 30

Kennen Sie

den jede Woche erscheinenden Stellen-Anzeiger des Bundes mit den vielen interessanten Angeboten?

Die Stelle

Verlangen Sie telefonisch oder mit Postkarte eine Probenummer der neuesten Ausgabe!

EIDG. PERSONALAMT
Stellennachweis
3003 Bern Telefon 031/61 62 53

Bücher aus allen Wissensgebieten

Wir pflegen besonders
Technik, Betriebs- und Wirtschaftswissenschaft, Kunst und Architektur

Buchhandlung zum Elsässer
Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47 / 32 16 12

Fachbuchhandlung für Naturwissenschaft und Technik

Unsere Spezialgebiete:
Mathematik
Physik
Chemie
Geologie
Mineralogie
Geographie
Astronomie
Zoologie
Botanik
Biologie
Landwirtschaft
Elektrotechnik
Datenverarbeitung
Maschinenbau
Bautechnik
Wirtschaft

Freihofer AG
Buchhandlung für Wissenschaft und Technik
8006 Zürich
Universitätstrasse 11
Tel. 47 08 33/ 32 24 07

Bäggli-Hotels AG

Marktgasse 17, Tel. 34 15 30
Hotel Rothus, 8001 Zürich

Restaurant Golden Bar, 1. Stock

Sehr preiswerte, gutbürgerliche Küche. Tellerservice ab Fr. 4.80 und à la carte.

Tea-Room «Vogelsang»
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks. Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Wir empfehlen: Entrecôte mit Mexiko-Sauce Fr. 9.90
Geschn. Leber mit Butterrösti Fr. 4.50

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen

P. und M. Tibau-Betschart

Contactlinsen von Kochoptik.

Sie dürfen damit schwimmen, autofahren, lesen, spazieren, skifahren und flirten.

Kochoptik

Bahnhofstrasse 11, Zürich, Tel. 01 25 53 50. Montag ganzer Tag geschlossen
Brillen, Contactlinsen, Foto, Projektion, Meteo

Umwelt — «Grenzen des Wachstums» oder Verteilungskrise?

Eine neue Umwelttechnologie zur besseren Ausnützung von Energie und Rohstoffen schafft keinen Ausgleich zwischen reichen und armen Ländern.

Die **Verteilung** muss anders vorgenommen werden. Das setzt wirtschaftliche und politische Strukturänderungen voraus.

Freitag, 21. Juni 1974, 19.15 Uhr, ETH-Hauptgebäude, Hörsaal F1
Prof. Johan GALTUNG, Friedensforscher, Oslo
Nationalrat Valentin OEHEN, Nationale Aktion

Wachstumskrise und Machtpolitik

Kritische Bemerkungen zum Bericht «Grenzen des Wachstums»

Das Gespräch und die Plenumsdiskussion leitet Andreas BLUM, Radio Bern.

Samstag, 22. Juni 1974, 10.00—17.00 Uhr, Foyer Voltastrasse 58
Gruppendiskussion mit jungen Wissenschaftern:
- Politische Systeme und Verteilung der Güter
- Welchen Interessen dient der Club of Rome?
- Zusammenhang zwischen Kultur und Technologie
- Ideologiekritische Analyse der Oekologiediskussion
- Wissenschaftliche Intelligenz und Oekologiekrise
- Kluft zwischen den Regionen, die Energie erzeugen, und den Regionen, die Energie verbrauchen
- Verfügungsgewalt über Energie und Machtballung

Eine Veranstaltung der Evangelischen Hochschulgemeinde und des Tagungs- und Studienzentrums Boldern

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse

Harte Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 395.– netto

Weiche Kontaktlinsen
Studentenpreis
Fr. 500.– netto